

# Jahresblick 2007



Regierung von Unterfranken



Vorwort.....	1
<b>VERWALTUNGSMANAGEMENT UND -STEUERUNG</b>	
Moderne Verwaltung .....	2
Schülerinnen und Schüler zu Gast beim Regierungspräsidenten.....	3
<b>SICHERHEIT, KOMMUNALES UND SOZIALES</b>	
Integration im Dialog .....	4
Rückblick für die Zukunft.....	6
Wer oben ist, sieht mehr.....	7
<b>WIRTSCHAFT, LANDESENTWICKLUNG UND VERKEHR</b>	
Regionalmanagement und Regionalmarketing ein gutes Stück voran gebracht .....	8
Regionalpläne sichern den Abbau von Bodenschätzen .....	9
Grünes Licht für IKEA in Würzburg .....	10
Zentrum für Telematik.....	11
Schlupflöcher geschlossen.....	12
Regulierungsbehörde bremst Preisanstieg auf den Energiemärkten .....	13
<b>PLANUNG UND BAU</b>	
Planfeststellungsverfahren für den sechsstreifigen Ausbau der Bundesautobahn A 3 .....	14
Brückenbau auf neuen Wegen.....	15
Die Erweiterung des Polizeipräsidiums Unterfranken im Zuge der Polizeireform .....	16
Stadtumbau im ländlichen Raum.....	17
Neues zur Energieversorgung der Universität Würzburg .....	18
<b>SCHULEN, KULTUR UND STIFTUNGEN</b>	
Brücken bauen – Übergänge gestalten.....	19
Regionalkongresse zur Hauptschulinitiative .....	20
Externe Evaluation als Instrument der Qualitätssicherung an Förderschulen in Unterfranken.....	21
Zum Lesen verlocken .....	22
Unterfranken geht stiften: Stiftungsbilanz 2007 .....	23
<b>UMWELT, GESUNDHEIT UND VERBRAUCHERSCHUTZ</b>	
Qualitätsweinprüfung in Bayern .....	24
Wasser in Unterfranken .....	26
UNESCO-Biosphärenreservat Rhön – Allianzen für Mensch und Natur .....	27
Europäische Wasserrahmenrichtlinie in Zusammenwirken mit Natura 2000 .....	28
Der Sucht vorbeugen .....	29
Agenda 21 .....	30
<b>GEWERBEAUF SICHTSAMT</b>	
Gefährdung durch Zeckenbisse.....	31
Jugendarbeitsschutz in Bäckerei- und Konditoreibetrieben .....	32
Vermeidbare Infektionen .....	33
Schutz der Verbraucher vor gefährlichen technischen Produkten .....	34
Well-Asbestzement.....	35
<b>ORGANISATIONSPLAN</b> .....	36
<b>IMPRESSUM</b> .....	37



Liebe Leserin, lieber Leser,

Handeln und Erscheinungsbild der öffentlichen Verwaltung haben sich – beeinflusst von der Verwaltungsreform der vergangenen Jahre – deutlich gewandelt. Auch unter diesem Aspekt ist es mir ein besonderes Anliegen, die Regierung von Unterfranken nach außen weiter zu öffnen. Sie halten den Jahresblick 2007 in Händen, der sich informativ und farbenfroh zugleich präsentiert. Dieses Werk vieler Autorinnen und Autoren gewährt einen Einblick in das für Unterfranken wichtige und vielfältige Wirken der Behörde am Würzburger Peterplatz.

Die Regierung von Unterfranken hat sich heute zu einem modernen staatlichen Dienstleistungszentrum für Unterfranken entwickelt, das die Verwaltungsaufgaben aus den Aufgabebereichen der Bayerischen Staatskanzlei und von acht Staatsministerien auf der Mittelstufe zusammenführt. Mit dieser Bündelung und der Integration von Fach- und Sonderbehörden wird für Bürger und Region „Verwaltung aus einer Hand“ angeboten. Insbesondere werden anfänglich widerstreitende Interessen so am besten zusammengeführt und fachlich kompetent in integrierte Lösungen umgesetzt.

Viele Initiativen und Projekte in den verschiedensten Bereichen unseres Zusammenlebens wurden in den letzten Jahren von der Regierung von Unterfranken initiiert oder maßgeblich unterstützt. Sie sollen Unterfranken weiter voranbringen und für die Menschen attraktiv, lebens- und



liebenswert erhalten. So ist die Regierung von Unterfranken heute ein wichtiger und anerkannter Partner in der Region, der seine Leistungskraft zum Wohle des Regierungsbezirkes nutzt.

„Wir arbeiten für Unterfranken“ lautet daher auch die zentrale Botschaft des Leitbildes der Regierung von Unterfranken, das sich die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bereits im Jahr 1999 gegeben haben. Der Jahresblick 2007 soll Ihnen ausschnittsweise und anschaulich vermitteln, dass dieses Motto für uns heute mehr denn je gilt.

Ich würde mich daher freuen, wenn Sie am Jahresblick 2007 Gefallen finden könnten. Er bietet Ihnen eine kleine Auswahl verschiedener Themen, die uns im vergangenen Jahr in besonderer Weise beschäftigt haben. Beim Lesen wünsche ich Ihnen viel Freude und möglichst viele nützliche Informationen.

A handwritten signature in blue ink, which appears to read 'Paul Beinhofer'. The signature is fluid and cursive.

Dr. Paul Beinhofer  
Regierungspräsident  
von Unterfranken



# Moderne Verwaltung

## Kosten- und Leistungsrechnung neu konzipiert

Die Kosten offenlegen und gleichzeitig die Leistungsfähigkeit unterstreichen – die Regierung von Unterfranken setzt mit der erweiterten Kosten- und Leistungsrechnung den konsequenten Weg der Verwaltungsmodernisierung fort. Gemeinsam mit den anderen Bayerischen Bezirksregierungen wurde die bisherige Kosten- und Leistungsrechnung unter der Federführung der Regierung von Unterfranken zum 01.01.2007 neu konzipiert.

Die Bayerischen Bezirksregierungen führen bereits seit einigen Jahren nach einheitlichen Standards eine Kosten- und Leistungsrechnung durch. Anhand dieser wird neben der Transparenz des Ressourcenverbrauches eine ständige Optimierung der Arbeitsprozesse ermöglicht. Wesentliches Merkmal ist dabei die Zeit- und Mengenaufschreibung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in einem entsprechenden EDV-Programm und das daran geknüpfte bayernweit einzigartige Mess- und Kennzahlensystem. Dadurch werden wichtige Erkenntnisse zur Effizienz der Verwaltungstätigkeit gewonnen. Die

rechnung von Unterfranken weiter entwickelt. Ziel war es, die Sachkosten aus dem Haushaltsbereich und die kalkulatorischen Kosten zu integrieren, um eine ganzheitliche Kostenorientierung, z.B. zur Ermittlung von Kostendeckungsgraden, zu ermöglichen. Die praktische Umsetzung erfolgte bei der Regierung von Unterfranken zum 01.01.2007. Damit ist es nun möglich, die bislang getrennt erfassten Daten des Regierungshaushaltes und der Kosten- und Leistungsrechnung zusammenzuführen.

Um diesen Anforderungen zeitnah gerecht werden zu können, fand auch ein Wechsel der technischen Betreuung und Plattform statt.

Die Neukonzeption der Kosten- und Leistungsrechnung wurde in dem kurzen Zeitraum von 18 Monaten umgesetzt. Schwierig gestaltete sich für die Projektverantwortlichen der Regierung von Unterfranken dabei neben den neuen technischen Herausforderungen die Interessen aller sieben Bezirksregierungen „unter einen Hut zu bringen“ und die knappen Terminvorgaben einzuhalten. Hierzu waren umfangreiche Abstimmungsprozesse zwischen den Führungsverantwortlichen sowie der mit der Umsetzung betrauten Projektgruppe notwendig. Dass dies nicht immer leicht war, liegt bei dem schwierigen Thema „Kosten- und Leistungsrechnung in der öffentlichen Verwaltung“ auf der Hand. Dennoch sind die Projektverantwortlichen bei der Regierung von Unterfranken mit dem Ergebnis sehr zufrieden.

Unsere Motivation liegt auf der Hand. Die Regierung von Unterfranken hat hinsichtlich der Aufgabenerfüllung „nichts zu verbergen“. Wir zeigen gerne Transparenz und möchten gegenüber Politik und Bürgern dokumentieren, wie umfangreich und vielfältig die Aufgaben der Regierung als Bündelungsbehörde sind und wie effizient wir diese Aufgaben lösen. Die neue Kosten- und Leistungsrechnung ist hierfür ein wichtiger Baustein und gleichzeitig ein modernes Instrument für die eigene Verwaltungssteuerung.

Rüdiger Schumacher



*Die Stabsstelle Controlling beim Abstimmungsgespräch mit dem Regierungsvizepräsidenten.*

jeweiligen Messgrößen ermitteln die Regierungen anhand eines Benchmarking – die erzielten Werte der Regierungen müssen sich dem Vergleich mit den Werten der anderen Regierungen stellen.

Bislang war der Fokus der Kosten- und Leistungsrechnung hauptsächlich auf den Stundenaufwand und die Personalkosten gerichtet. Um künftigen Anforderungen gerecht werden zu können, wurde die bisherige Konzeption der Regierungen unter der Federführung der Regie-

### Kontakt

Tel.: 0931/380-1108

E-Mail: [organisation@reg-ufr.bayern.de](mailto:organisation@reg-ufr.bayern.de)

# Schülerinnen und Schüler zu Gast beim Regierungspräsidenten

## Ein Blick hinter die Kulissen der Verwaltung

Nach dem erfolgreichen Start im Jahr 2001 ging das Projekt „Lernort Regierung“ im Jahr 2007 bereits in die siebte Runde. Die Regierung bietet das Projekt für Schulklassen aller Schularten ab der Jahrgangsstufe 9 an. Bisher besuchten rund 2630 Schülerinnen und Schüler, von der Förderschule bis zum Gymnasium, das Regierungsgebäude am Peterplatz.



*Eine Bereicherung und ein Höhepunkt des Besuchs für beide Seiten: Regierungspräsident Dr. Paul Beinhofer empfängt die Schülerinnen und Schüler zum Abschluss der Veranstaltung in seinem Dienstzimmer.*

„Unser Ziel ist es, die Regierung von Unterfranken sowie ihre Bedeutung für eine funktionierende Verwaltung bereits den Jugendlichen anschaulich zu machen“, erläutert Regierungspräsident Dr. Paul Beinhofer die Hintergründe für das Informationsprojekt. So sollen den Schülerinnen und Schülern die Aufgaben und der Aufbau der Regierung als kompetente „Mittelbehörde“ der staatlichen Verwaltung für die Region verdeutlicht und die Arbeit der Regierungsmitarbeiterinnen und -mitarbeiter vorgestellt werden.

Der Ablauf des Besuchstages gestaltet sich dabei wie folgt. Nach der Begrüßung im Foyer bekommen die Schülerinnen und Schüler altersangepasst in einem kurzen Informationsvortrag die wesentli-

chen Aufgaben und Tätigkeiten der Regierung als Mittelbehörde vorgestellt. Im Rahmen eines Regierungsquiz können die Jugendlichen dann gleich mit ihrem erlernten Wissen glänzen. Sodann schließt sich ein von den Schülern speziell ausgewähltes und im Unterricht vorab behandeltes Sonderthema an, das von den jeweiligen Experten der Regierung mit Diskussionsmöglichkeit anschaulich behandelt wird. Die speziell angebotenen Themenfelder sind vielfältig: Die Themen umfassen unter anderem die „Aktion Grundwasserschutz“, die „aktuelle Situation am Ausbildungsstellenmarkt“, das Thema „regenerative Energien“. Aber auch die Themenfelder „Erteilung und Entzug der Fahrerlaubnis“ bzw. „Frauen und Technik“ und viele mehr können von den Schülerinnen und Schülern als Sonderthema gewählt werden.

Zum Abschluss der Veranstaltung empfängt Regierungspräsident Dr. Paul Beinhofer die jungen Gäste in seinem Dienstzimmer zu einem persönlichen Gespräch. Die Gewinnerin oder der Gewinner des Regierungsquiz erhält aus den Händen des Regierungspräsidenten ein Buchpräsent.

Das anhaltend große Interesse der Schulen am Projekt „Lernort Regierung“ bestätigt die Regierung von Unterfranken in ihrer Absicht, mit dem Besuchsprogramm für Schülerinnen und Schüler auch im Jahr 2008 fortzufahren.

Sibylle Hafner-Lurz



Informationen über das Projekt „Lernort Regierung“, finden Sie im Internet unter <http://www.regierung.unterfranken.bayern.de> in der Rubrik „Schulen“.

### Kontakt

Tel.: 0931/380-1014

E-Mail: [schulen@reg-ufr.bayern.de](mailto:schulen@reg-ufr.bayern.de)





# Integration im Dialog

„Miteinander leben – voneinander lernen“



## Interkulturelle Vielfalt

In den vergangenen 40 Jahren ist die Zahl der Ausländer in Deutschland kontinuierlich gestiegen. Der Anteil der ausländischen Bevölkerung in Unterfranken beträgt inzwischen rund 5,5 % (Bayern sogar 8,6 %). Dazu kommen nach den großen Zuwanderungswellen zuletzt in den 90-er Jahren noch eine große Zahl von Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedlern. Wenngleich die absoluten Anteile ausländischer Mitbürger

auf. Rund 9 % der Würzburger besitzen einen ausländischen Pass.

Grund genug für die Regierung von Unterfranken, im Rahmen der Initiative der Bayerischen Staatsregierung „Integration im Dialog – Migrantinnen und Migranten in Bayern“, auch im Regierungsbezirk Unterfranken ein unterfränkisches Integrationsforum ins Leben zu rufen. Seit Gründung im Jahr 2005 wird hiermit den Akteuren im Integrationsprozess über die örtlichen Ebenen und Grenzen von Gemeinde, Stadt und Landkreis hinaus ein gemeinsames Forum zum Gedankenaustausch und zur gegenseitigen Information geboten. Es hat sich unterfrankenweit zu einer festen Integrationsgröße entwickelt. Die Regierung von Unterfranken erfüllt ihre Bündelungs- und Vermittlungsaufgaben hier in ganz besonderer Weise. Darauf bauten auch zahlreiche Einzelaktivitäten des Jahres 2007 auf.

Bevölkerung (in Tausend)	insgesamt	mit Migrationshintergrund	%	Ausländer	%
Bayern	12.456,0	2.357,7	18,9	1.071,8	8,6
Regierungsbezirk Unterfranken	1.343,5	225,2	16,8	74,1	5,5
Stadt Aschaffenburg	68,8	15,5	22,5	9,1	13,2
Stadt Schweinfurt	54,4	13,7	25,0	7,0	12,9
Stadt Würzburg	133,0	31,5	23,7	11,8	8,9

Quelle: Mikrozensus 2005 und Angaben der Städte

an der deutschen Bevölkerung inzwischen wieder rückläufig sind (bedingt auch durch erhöhte Einbürgerungszahlen infolge des neuen Staatsangehörigkeitsrechts), so beträgt doch insgesamt unter Einbeziehung der Spätaussiedler der Anteil der Menschen mit Migrationshintergrund in Deutschland rund 19 %; teilweise in den (Groß)Städten liegt der Anteil sogar deutlich darüber. Beispielhaft weisen in Würzburg bei einer Gesamtbevölkerung von rund 134.000 über 30.000 Menschen einen Migrationshintergrund

## Empfang des Regierungspräsidenten

Ein besonderes Ereignis war der Jahresempfang des Regierungspräsidenten Dr. Paul Beinhofer im Februar, der sich diesmal an Verantwortliche und Aktive in der unterfränkischen Integrationsarbeit richtete. Die rund 200 Gäste der Veranstaltung konnten unter der Überschrift „Miteinander leben – Voneinander lernen“ ein abwechslungsreiches Programm im Rondell-Saal der Würzburger Residenz verfolgen und dabei zahlreiche gelungene unterfränkische Integrationsbeispiele erleben.

## Arbeit der Regierung von Unterfranken für die Integration

Begleitet wird die Integrationsarbeit bei der Regierung von Unterfranken von der Projektgruppe Integration von Migrantinnen und Migranten. Sie besteht aus Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern mehrerer Fachbereiche der Regierung, die auf unterschiedliche Weise mit der gesellschaftlichen Eingliederung von Zugewanderten befasst sind. Hier werden die Anknüpfungspunkte zusammengeführt. Die umfassende Information der Städte, Gemeinden und Landkreise im Regierungsbezirk ist oberstes Ziel. Entscheidend dazu beigetragen hat die Einrichtung einer Informationsbörse für Integrationsprojekte auf den Internetseiten der Regierung von Unterfran-



Deutsche und ausländische Kinder lernen miteinander in jahrgangsgemischten Eingangsklassen (Mönchbergschule Würzburg).

Rund 200 Gäste konnte Regierungspräsident Dr. Paul Beinhofer beim Jahresempfang 2007 zum Thema „Integration im Dialog“ im Rondell-Saal der Würzburger Residenz begrüßen.



ken. Fast 300 Projekte aus ganz Unterfranken sind dort mittlerweile eingestellt. Als vordringlich hat die Projektgruppe die Verbesserung der Bildungsmöglichkeiten gerade junger Migrantinnen und Migranten erkannt. Derzeit liegt der Schwerpunkt auf der schulischen Bildung.



Foto: Thomas Obermeier, Mainpost

Einweihung der Kontakt und Informationszentrale für Muslime

### Einmalig in Bayern

Zur besseren Vernetzung der Beteiligten hat die Regierung einen Integrationsbeirat für den Regierungsbezirk Unterfranken gebildet. Ihm gehören 27 Verantwortliche und Fachleute aus dem kirchlichen, gemeinnützigen, sportlichen und behördlichen sowie aus dem kommunalen Bereich an. Darunter sind auch die Vorsitzenden

der Ausländerbeiräte sowie Vertreter der Verbände, die Migrationserstberatungsstellen im Regierungsbezirk betreiben. Im Jahr 2007 ist es gelungen, zusätzlich zu den Migrationserstberatungsstellen eine ganz neue Beratungsstelle zu schaffen. Auf Vermittlung der Regierung von Unterfranken konnte die Kontakt- und Informationszentrale für Muslime (KIMUS) in Würzburg ihre Arbeit aufnehmen. Mit KIMUS gibt es erstmalig und einmalig in ganz Bayern eine Beratungsstelle, die sich besonders an muslimische Frauen wendet. Personalkosten sowie einen Teil der Sachkosten trägt der Freistaat Bayern, die Räume und Kommunikationsmittel stellt die Stadt Würzburg zur Verfügung. Die Einweihung im Sommer bot einmal mehr Gelegenheit, Beteiligten am Integrationsprozess zu begegnen und Kontakte zu vertiefen.

Detlev Ziga



Ausführliche Informationen zur „Integration im Dialog“ finden Sie unter <http://www.regierung.unterfranken.bayern.de> in der Liste der Aktionen bzw. in der Rubrik „Soziales“.

### Kontakt

Tel.: 0931/380-1187 oder 1553  
E-Mail: [inford@reg-ufv.bayern.de](mailto:inford@reg-ufv.bayern.de)

# Rückblick für die Zukunft

## „Interne Evaluation“ zur Bewertung und Weiterentwicklung der Zusammenarbeit Kindergarten, Grundschule und Eltern



Im Jahr 2003 wurden alle Kindergärten und Grundschulen Bayerns aufgefordert, Kooperationsbeauftragte zu benennen, die vor Ort dafür Sorge tragen, dass der Übergang der Kinder vom Kindergarten in die Grundschule gelingt. Von den zuständigen Ministerien geschulte Lehrkräfte und Fachberatungen der Jugendämter unterstützten die Einrichtungen bei dieser wichtigen Aufgabe, richteten Arbeitsgruppen ein und führten Fortbildungen durch. Die auf Regierungsbezirksebene installierte Steuergruppe half die Kooperationsstrukturen weiter zu entwickeln. Sie bündelte, koordinierte und vernetzte entsprechende Aktivitäten.

Nach vier Jahren intensiver Kooperationsarbeit war es an der Zeit Bilanz zu ziehen, welche Ziele bisher erreicht wurden, wo es noch Verbesserungsmöglichkeiten oder auch Handlungsbedarf gibt.

Als Methode wurde die „Interne Evaluation“ gewählt. Bei diesem Verfahren legen die Beteiligten gegenüber sich selbst Rechenschaft ab über Stärken und Schwächen ihrer Arbeit.

Die zu bewertenden Qualitätsstandards im hier-

Das Gesamtergebnis der beteiligten Schulen und Kindergärten kann sich sehen lassen. Der Mittelwert aus 419 ausgewerteten Fragebögen zeigte auf einer Skala von 5 (= sehr gute Kooperation) bis (1 = schlechte bzw. keine Kooperation) keinen Wert unter 3.

Die Ergebnisse der Fragebogenaktion wurden von Vertretern aus allen beteiligten Bereichen in einer moderierten Rückmelde- und Zielfindungskonferenz in der Regierung von Unterfranken reflektiert.



Gruppenarbeit

Eine Wiederholung der Fragebogenaktion im Frühjahr 2008 soll Aufschluss darüber geben, ob die Erkenntnisse aus der internen Evaluation 2007 umgesetzt worden sind und sich die Zusammenarbeit weiter verbessert hat. Getreu der Devise:

**„Wer aufhört besser zu werden, hat aufgehört, gut zu sein.“**



Einführung in die moderierte Auswertung

zu entwickelten Fragebogen entsprechen den Vorgaben und Anregungen des Bayerischen Bildungs- und Erziehungsplanes und Staatlichen Lehrplans für Grundschulen zur Kooperationskultur, Übergangsbegleitung und Anschlussfähigkeit von Bildungsprozessen.

32 Lehrkräfte, 67 Erzieherinnen sowie 320 Eltern aus 11 Grundschulen und 38 Kindergärten haben sich im Frühjahr 2007 bereit erklärt, den neu entwickelten Fragebogen zur Bewertung und Weiterentwicklung der Kooperation Kindergarten – Grundschule zu erproben.



Eine umfassende Dokumentation der internen Evaluation finden Sie im Internet unter <http://www.regierung.unterfranken.bayern.de> in der Rubrik „Soziales“.

### Kontakt

Tel.: 0931/380-1077 oder 1361

E-Mail: [soziales@reg-ufr.bayern.de](mailto:soziales@reg-ufr.bayern.de)





## Wer oben ist, sieht mehr Luftbeobachtung im Katastrophenschutz

Die schweren Waldbrände des Jahres 1975 in Niedersachsen waren Auslöser für die staatlich organisierte Luftbeobachtung in Bayern, die 1977 ins Leben gerufen wurde. Gemeinsam mit dem Deutschen Flugbeobachtungsdienst, Luftrettungsstaffel Bayern e.V. (gegründet 1968), wird seither Luftbeobachtung im vorbeugenden und abwehrenden Katastrophenschutz erfolgreich betrieben.

Waldreichster Regierungsbezirk in Bayern ist Unterfranken mit rund 333.000 ha Wald; dieser stellt einen bedeutsamen Wirtschaftsfaktor dar. Ein einziger Hektar verbrannter Wald schlägt dabei mit im Durchschnitt 10.000 Euro Schaden zu Buche, ganz abgesehen von den Schäden für Natur und Umwelt.

Seitens der Flugbereitschaft Unterfranken der Luftrettungsstaffel Bayern e.V. werden auf den vier Stützpunkten Hettstadt, Haßfurt, Bad Kissingen und Mainbullau 32 besonders ausgebildete, erfahrene, ehrenamtlich tätige Einsatzpiloten und 10 mit BOS-Funk (BOS = Behörden und

verwaltungsbehörde über mindestens zwei eigene Luftbeobachter. Die jährlichen Fortbildungen führt die Regierung von Unterfranken gemeinsam mit der Flugbereitschaft Unterfranken durch. Dabei werden die vielfältigen Aufgaben der Luftbeobachtung im Katastrophenschutz in Theorie und Praxis ausführlich geübt: Erkundung, Feststellung und Dokumentation großflächiger Schadensereignisse, Führung und Führungsunterstützung für die am Boden eingesetzten Einheiten aus der Luft, Gewässer- und Verkehrsüberwachung, usw.



Bayerns waldreichster Regierungsbezirk: Unterfranken

Die frühe Erkennung von Waldbränden ist die wichtigste Voraussetzung für deren erfolgreiche Bekämpfung; auch hier gilt das bewährte Motto des Flugbeobachtungsdienstes: „Wer oben ist, sieht mehr!“ Nach Auswertung der Waldbrandgefahrenlage und im Benehmen mit dem regionalen Waldbrandbeauftragten der Bayer. Staatsforstverwaltung werden bei hoher Waldbrandgefahr flächendeckende Befliegungen Unterfrankens auf einer Ost- und einer Westroute am Wochenende angeordnet. Bei sehr hoher Waldbrandgefahr erfolgt die Befliegung täglich. Die Erstattung der Flugkosten in Höhe von derzeit rund 190 Euro pro Flugstunde erfolgt aus Mitteln des Katastrophenschutzfonds Bayern durch die Regierung. In dem außergewöhnlich warmen und extrem trockenen April 2007 betragen alleine diese Kosten an 26 Luftbeobachtungstagen, davon 21 Tage ununterbrochen hintereinander, für ca. 145 Flugstunden über 27.000 Euro. Diese Gelder waren im Hinblick auf mögliche Schäden durch Waldbrände sehr gut investiert. Konnten doch im Jahr 2007 durch die Luftbeobachtungen insgesamt 14 Waldbrände, Flächenbrände bzw. Feuer entdeckt und nebenbei mehrere Verkehrsunfälle gemeldet werden.



Gewissenhafte Vorbereitung und genaue Berechnung der Flugroute sind die Voraussetzungen für eine erfolgreiche Luftbeobachtung.

Organisationen mit Sicherheitsaufgaben) vorgeführte Flächenflugzeuge vorgehalten. Für jeden Stützpunkt stehen moderne BOS-Funkgeräte, Headsets, umfangreiches Kartenmaterial und Hilfsmittel zur Verfügung, die durch die Regierung von Unterfranken – ebenso wie die Vorrüstungskosten der Flugzeuge – aus Mitteln des Katastrophenschutzfonds Bayern finanziert werden.

Die Ausbildung der derzeit 51 Luftbeobachter aus den Bereichen der Katastrophenschutzbehörden, des Forstes und der Feuerwehr koordiniert die Regierung. Derzeit verfügt jede Kreis-



Ein Waldbrand wurde entdeckt – jetzt wird umgehend über Funk die Feuerwehr alarmiert; die Einsatzfahrzeuge werden zur Brandstelle geführt.

Wolfgang Raps

### Kontakt

Tel.: 0931/380-1715

E-Mail: [katastrophenschutz@reg-ufr.bayern.de](mailto:katastrophenschutz@reg-ufr.bayern.de)

# Regionalmanagement und Regionalmarketing ein gutes Stück voran gebracht

Regionalmanagement setzt regionale Entwicklungspotenziale durch konkrete Projektarbeit im Einvernehmen der Beteiligten in regionale Entwicklung um. Die Regierung von Unterfranken sieht hierin einen unmittelbaren Beitrag zur Landesentwicklung, den sie auch 2007 tatkräftig unter anderem durch Fördermaßnahmen im Rahmen der 2. Säule der Allianz Bayern Innovativ unterstützt hat.

Mehrere, fast den gesamten Regierungsbezirk abdeckende Initiativen haben ein professionelles Regionalmanagement aufgebaut oder sind dabei dies zu tun, um so zukunftsgerichtet die Entwicklungschancen ohne Kirchturmdenken auszuloten und zu nutzen:



Die Initiative Bayerischer Untermain, die bereits erfolgreich Regionalmanagement praktiziert, hat im Jahr 2007 weitere Fördermittel erhalten, insbesondere um ein neues Kompetenznetz für Automation aufzubauen und den bestehenden Kooperationsverbund Fahrzeugsicherheit zu einem Kompetenznetz Automotive zu erweitern.

Das Regionalmanagement der Landkreise Bad Kissingen und Rhön-Grabfeld wurde unter anderem dabei unterstützt, die erheblichen Potentiale des Gesundheits- und Bäderwesens besser zu vernetzen und für die regionale Entwicklung nutzbar zu machen.

Die „Interkommunale Allianz Oberes Werntal“, ein Zusammenschluss von inzwischen neun Gemeinden der Landkreise Schweinfurt und Bad Kissingen, erhielt eine finanzielle Förderung, um die Standortbedingungen und die Attraktivität dieses Teilraums zu steigern.

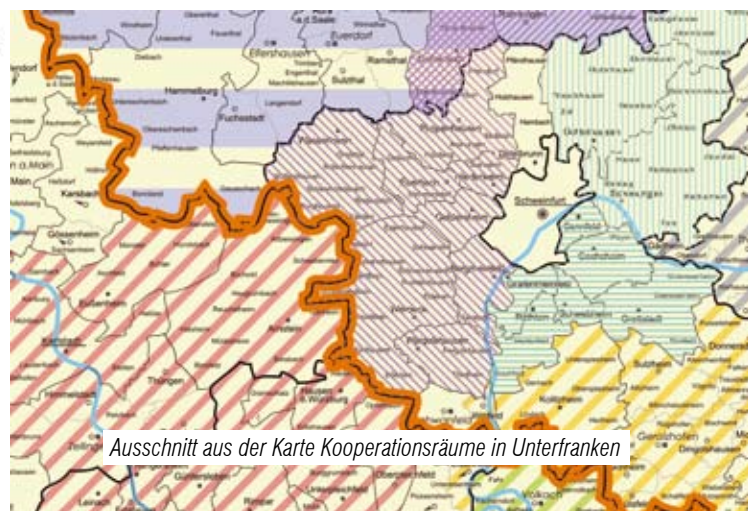
Einen wichtigen Beitrag für die Entwicklung des ländlichen Raumes mit dem Instrument des Regionalmanagements leisten auch die so genannten lokalen Aktionsgruppen (LAGs), die aus dem Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER/LEADER) gefördert werden.



*Mit vereinten Kräften: 13 Mainfranken-Schilder an den Einfahrtstoren und wichtigen Verkehrsknoten machen Tausende von Autobahnnutzern künftig auf den Wirtschaftsraum Mainfranken aufmerksam.*

Die Chancen-Region Mainfranken verfolgt als Regionalmarketing-Initiative das Ziel, die Attraktivität des Wirtschaftsstandortes Mainfranken durch eine stärkere Zusammenarbeit der beteiligten Akteure zu verbessern und nach außen zu vermarkten. Träger der Chancen-Region sind die kreisfreien Städte und Landkreise der Regionen Würzburg und Main-Rhön, IHK Würzburg-Schweinfurt, Handwerkskammer, Fachhochschule, Universität und die Regierung von Unterfranken.

Oliver Weidlich



*Ausschnitt aus der Karte Kooperationsräume in Unterfranken*

Kontakt  
 Tel.: 0931/380-1396  
 E-Mail: [wirtschaft.landeseentwicklung.verkehr@reg-ufi.bayern.de](mailto:wirtschaft.landeseentwicklung.verkehr@reg-ufi.bayern.de)

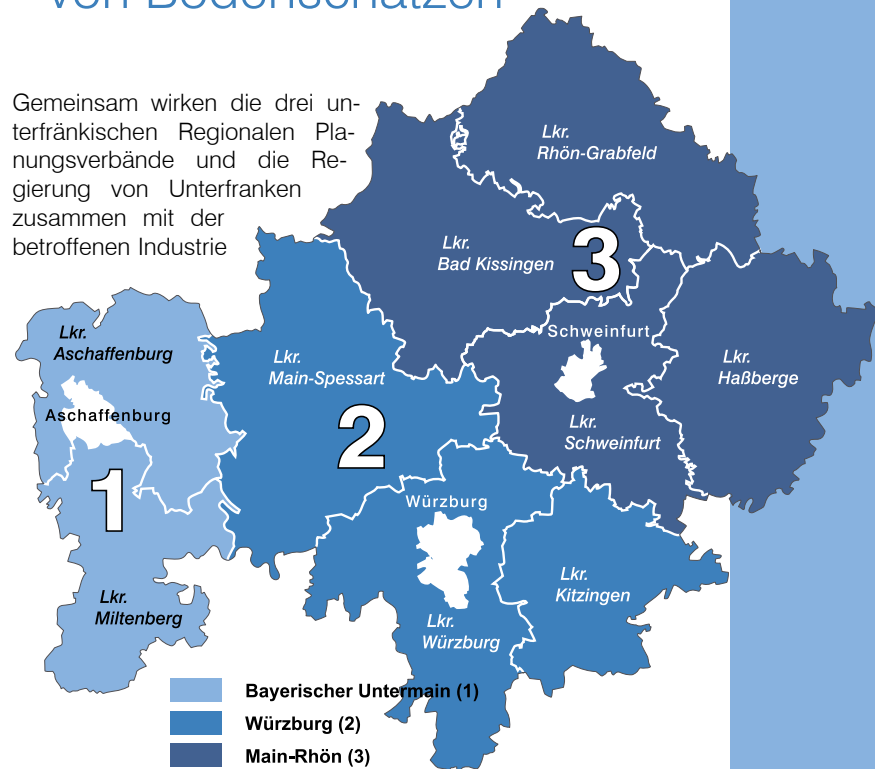
# Regionalpläne sichern den Abbau von Bodenschätzen

Heimische Bodenschätze sind eine wesentliche Grundlage für Wirtschaft und Industrie. Unterfranken besitzt davon eine besondere Vielfalt in teilweise herausragender Qualität. Zu nennen sind hier unter anderem Sand und Kies (vor allem für die heimische Bauindustrie), Gips (etwa für ein weltweit agierendes unterfränkisches Gipsunternehmen) sowie Kalkstein (etwa für mehrere große Zementwerke). Die Lagerstätten sind allerdings standortgebunden und nicht vermehrbar. Ihr Abbau steht meist in teils erheblicher Konkurrenz zu anderen standortgebundenen Gütern wie Wasser und Natur sowie zu anderen Nutzungen wie insbesondere der Bebauung.

Es ist Aufgabe der Regionalpläne, für die drei unterfränkischen Regionen Bayerischer Untermain (1), Würzburg (2) und Main-Rhön (3) diese Bodenschätze unter Berücksichtigung entgegenstehender Interessen durch die Ausweisung von Bodenschutzsicherungsflächen (Vorrang- oder Vorbehaltsgebiete) für den Abbau zu sichern. Die Regierung von Unterfranken erklärt diese Bodenschutzsicherungsflächen für verbindlich. Dies erfolgte zuletzt im Jahr 2007 nach eingehender und intensiver Überarbeitung der Regionalpläne aus der Mitte der 80-er Jahre.

Der große Druck, den konkurrierende Interessen auf die Ausweisung von Bodenschutzsicherungsflächen ausüben, zeigt sich nicht zuletzt darin, dass der Umfang dieser Flächen im Lauf der Jahre deutlich abgenommen hat. Aber auch neuere geologische Erkundungen wirken sich auf den Umfang dieser Flächen ebenso aus wie veränderte Technologien, wie sie beispielsweise bei der Gewinnung und Nutzung von Gips besonders auffällig sind. Hatten die Sicherungsflächen der Regionalplanung bisher 7,3 % der Fläche Unterfrankens umfasst, beläuft sich ihr Anteil jetzt nur noch auf 2,4 %; ein Wert, der immer noch etwas über dem Durchschnitt in Bayern liegt.

Gemeinsam wirken die drei unterfränkischen Regionalen Planungsverbände und die Regierung von Unterfranken zusammen mit der betroffenen Industrie



darauf hin, dass die wertvollen Bodenschätze in ihrer Abbaubarkeit langfristig gesichert bleiben, ohne dass dabei die berechtigten Interessen der einheimischen Bevölkerung, des Natur- und Landschaftsschutzes sowie der Wasserwirtschaft ernsthaft beeinträchtigt werden.

Sandra Weber



Foto: Schwenk KG

Zementwerk Schwenk in Karlstadt mit Abbaugelände

## Bodenschutzsicherungsflächen

	1985	2007
Sand und Kies	2.183 ha	1.581 ha
Kalk	3.787 ha	3.226 ha
Gips	35.795 ha	13.053 ha
sonstige	20.509 ha	3.065 ha
Summe	62.274 ha	20.925 ha

## Kontakt

Tel.: 0931/380-1288

E-Mail: [wirtschaft.landesentwicklung.verkehr@reg-ufr.bayern.de](mailto:wirtschaft.landesentwicklung.verkehr@reg-ufr.bayern.de)

# Grünes Licht für IKEA in Würzburg

Die Regierung von Unterfranken hat im April 2007 das Raumordnungsverfahren für die Ansiedlung eines IKEA-Marktes in Würzburg mit positivem Ergebnis abgeschlossen und damit grundsätzlich „grünes Licht“ für dieses Projekt gegeben.

IKEA hatte eine Gesamtverkaufsfläche von 41.500 qm beantragt, davon gut 33.000 qm für den Möbelsektor sowie rund 8.400 qm für innenstadtrelevante Sortimente wie z.B. Heimtextilien, Hausrat, Bettwaren, Lampen. Der für das Vorhaben geplante Standort befindet sich an

Die Regierung kam auf der Basis einer Anhörung von über 60 Kommunen, Fachplanungsträgern und sonstigen Institutionen zu dem Ergebnis, dass das Vorhaben insgesamt raumverträglich ist, die innenstadtrelevanten Sortimente aber gekürzt werden müssen, um negativen Auswirkungen auf die Innenstadt Würzburgs, aber auch auf andere Städte und Gemeinden möglichst vorzubeugen. Im Einvernehmen mit IKEA wurden diese Sortimente um rund 2.200 qm, also immerhin gut 20 %, auf letztlich 6.600 qm reduziert.

Besondere Schwierigkeiten bei diesem Projekt stellten die am Standort vorhandene Feldhamstertpopulation (Vorgaben aus EU-Recht) sowie die Errichtung einer voll funktionsfähigen Verkehrsanbindung dar. Nach umfangreichen Untersuchungen konnten schließlich in enger Abstimmung zwischen der Stadt, der Regierung, den notwendigen Fachstellen und dem Vorhabensträger Regelungen gefunden werden, die eine Ansiedlung von IKEA am vorgesehenen Standort in voller Übereinstimmung mit den gesetzlichen Vorgaben ermöglichten.

Uwe Golsch



der vierspurig ausgebauten Bundesstraße B 19 von Würzburg in Richtung Norden zur Bundesautobahn A 7.



© DOP: Landesamt für Vermessung und Geoinformation, Bayern



Foto: IKEA

## Kontakt

Tel.: 0931/380-1387

E-Mail: [wirtschaft.landeseentwicklung.verkehr@reg-ufr.bayern.de](mailto:wirtschaft.landeseentwicklung.verkehr@reg-ufr.bayern.de)

# Zentrum für Telematik

## Startschuss für neues außeruniversitäres Forschungszentrum am Standort Würzburg

Die **Telematik** integriert interdisziplinär Methoden der **Tele**kommunikation, der **Automatisierung**stechnik und der **Informatik**. Mit ihr können komplizierte Aufgaben und Dienstleistungen auch über große Distanzen hinweg durchgeführt werden. Genau diese zukunftsweisende Technologie trifft in Unterfranken auf äußerst fruchtbaren Boden, weshalb sich die Regierung von Unterfranken stark für die Realisation eines Forschungszentrums eingesetzt hat. Sind es doch gerade die Kompetenzfelder Maschinen- und Anlagenbau, die Mess- und Steuerungstechnik, die Unterfranken eine Spitzenstellung, ja weltweites Renommee, einbringen.

Dieses Potential weiter auszubauen und die Kooperationen zwischen Wissenschaft und Wirtschaft zu intensivieren, ist das Ziel des im Dezember 2007 gestarteten Forschungszentrums für Telematik. Unter der Leitung von Prof. Dr. Klaus Schilling, Inhaber des Lehrstuhls für Robotik und Telematik an der Julius-Maximilians-Universität Würzburg, wird das Zentrum ab 2008 sowohl Grundlagen- als auch anwendungsbezogene Forschung betreiben, die Verbreitung von Telematikansätzen in Unternehmen und Produkten unterstützen sowie über die aktuellen Anwendungsmöglichkeiten informieren und weiterbilden.



Foto: Universität Würzburg

*Nicht allein dem Roboter gehört die Zukunft. In den Geräten des Alltags und der Industrie wird der Einsatz der Telematik immer mehr zur Selbstverständlichkeit. Denn nur, wenn z.B. Ingenieure aus der Region die hier produzierten Druckmaschinen am Standort in Südamerika ohne Zeitverzögerung warten oder Ölpumpen unter dem Eis des Nordpols zuverlässig betrieben werden können, bleibt unsere heimische Industrie weltweit konkurrenzfähig.*

Zwischen den ersten Überlegungen für ein Forschungszentrum und der Umsetzung ist wahrlich nicht viel Zeit vergangen. Nimmt man den von der Regierung von Unterfranken angestoßenen und im wesentlichen finanzierten „Innovationstag Telematik“ unter der Schirmherrschaft von Bundeswirtschaftsminister Michael Glos

im Oktober 2006 als Initialzündung, gefolgt von der internationalen IASTED-Fachkonferenz in Telematics/Applied Robotics im August 2007 am Lehrstuhl Informatik VII der Universität Würzburg



*Regierungspräsident Dr. Paul Beinhofer freute es besonders, den tatsächlichen Startschuss für das Forschungszentrum noch im Dezember 2007 durch die Übergabe des ersten Förderbescheides gegeben zu haben. Mit 2,4 Millionen Euro aus Mitteln des Bayerischen Staatsministeriums für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie werden sowohl die Personalkosten als auch die Sachkosten in wesentlichem Umfang für die erste Phase bis 2011 mitfinanziert. Dr. Beinhofer sieht hier die Chance, den Wirtschaftsstandort Mainfranken durch Ausnutzung des enormen Potentials der Telematik-Techniken für Kooperationen zwischen Wissenschaft und Wirtschaft nachhaltig zu stärken, denn Innovationen werden durch die Anwendung und nicht allein durch die Technologie vorangetrieben. Anwesend bei der Bescheidübergabe waren (v.l.n.r.) Stellvertretender Hauptgeschäftsführer der IHK Würzburg-Schweinfurt Rudolf Trunk, Regierungspräsident Dr. Paul Beinhofer, Prof. Dr. Klaus Schilling, WVV Geschäftsführer Dr. Norbert Menke.*

burg, folgten fast zeitgleich die ersten Planungen und Schritte zur Realisation. Die Gründung des Vereins „Zentrum für Telematik e.V.“ als Träger des Forschungszentrums erfolgte im September 2007. Neben der IHK Würzburg-Schweinfurt und der Universität sind unter den Gründungsmitgliedern Global Player wie Koenig & Bauer, Bosch-Rexroth, Siemens AG oder Diehl GmbH & Co. KG. Aber auch Firmen wie die Wittenstein AG, Navigon AG, Würzburger Versorgungs- und Verkehrs-GmbH (WVV), Wölfel Beratende Ingenieure oder Angermeier Ingenieure GmbH zeigen durch ihre Gründungsmitgliedschaft, dass für sie die Telematik-Techniken zukunftsichernd sind. Denn sie eröffnen die Möglichkeit, Wartung und Betreuung der weltweit exportierten Produkte ohne eigenes weltweites Filialnetz sicherzustellen.

Gisela Götz-Müller

### Kontakt

Tel.: 0931/380-1225

E-Mail: [wirtschaft.landesentwicklung.verkehr@reg-ufr.bayern.de](mailto:wirtschaft.landesentwicklung.verkehr@reg-ufr.bayern.de)

# Schlupflöcher geschlossen

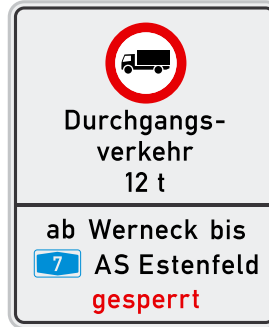
## Keine Chance für Lkw-Mautausweichverkehr

Seit dem 01.01.2005 wird für die Benutzung der Autobahnen durch schwere Nutzfahrzeuge eine Maut erhoben. Dies führte dazu, dass mautpflichtige Lkw, die vorher die Autobahn benutzten, auf das mautfreie nachgeordnete Straßennetz auswichen. Diese Entwicklung war auch auf einigen Strecken in Unterfranken durch einen massiven Anstieg des Lkw-Verkehrs, verbunden mit zusätzlichen Lärm- und Abgasbelastungen für die Bevölkerung, festzustellen. So nahm der werktägliche Lkw-Verkehr im Vergleich zum Jahr 2004 auf der Bundesstraße 19 bei Ebleben um 66 % und auf der Bundesstraße 8 in Kitzingen um 25 % zu. Auch der bereits vorhandene erhebliche Abkürzungsverkehr zwischen den Autobahnen A 3 und A 7 auf der Bundesstraße 19 durch die Ortsdurchfahrt von Würzburg erhöhte sich zusätzlich.

Der Bundesgesetzgeber reagierte auf diese Entwicklungen und räumte durch eine Änderung der StVO zum 31.12.2005 den Straßenverkehrsbehörden die Befugnis ein, besonders vom Mautausweichverkehr belastete Strecken für den Lkw-Transitverkehr zu sperren. Auf dieser Grundlage wurden in den Jahren 2006 und 2007 unter Koordinierung durch die Regierung von Unterfranken in enger Zusammenarbeit

der zuständigen Städte und Landratsämter, der Staatlichen Bauämter, der Autobahndirektion Nordbayern und der Polizei die folgenden Strecken für den Durchgangsverkehr von Lkw ab 12

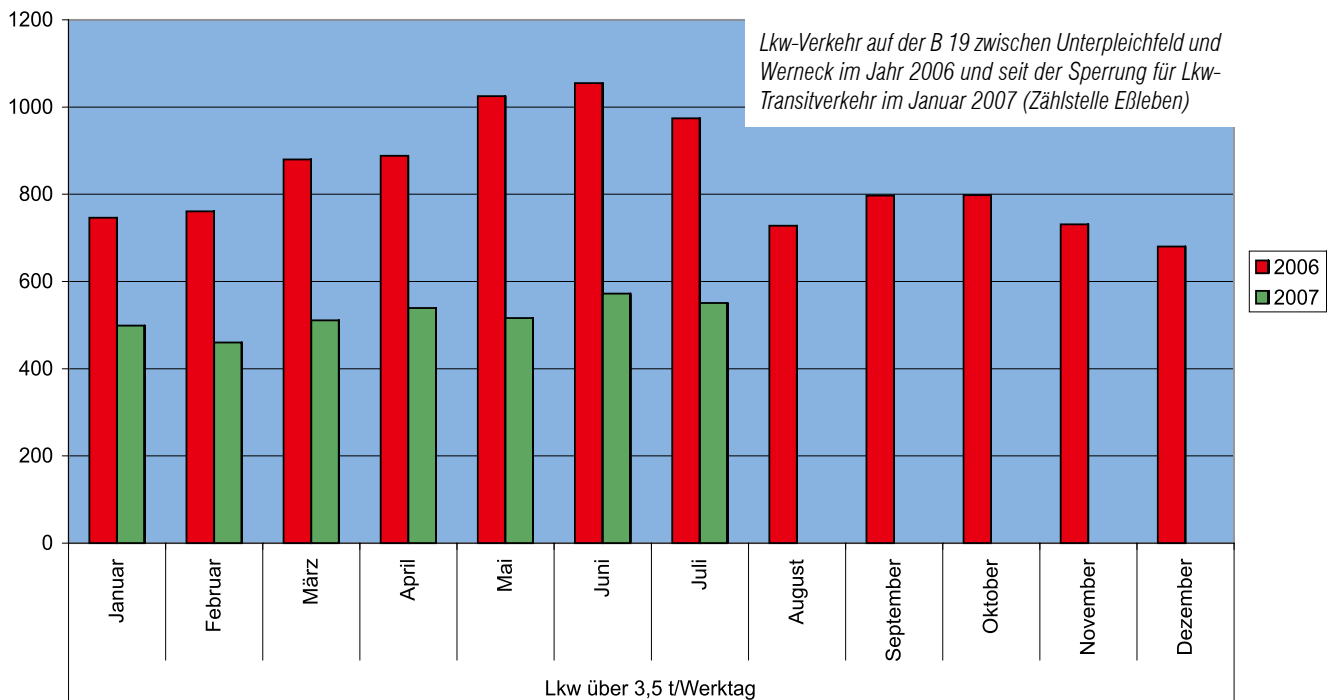
Tonnen Gesamtgewicht gesperrt: die Bundesstraße 8 zwischen Würzburg und Nürnberg, die Bundesstraßen 8, 19 und 27 im Bereich der Ortsdurchfahrten Würzburg und Höchberg sowie die Bundesstraße 19 zwischen Unterpleichfeld und Werneck.



Durch die Streckensperrungen konnten die betroffenen Ortsdurchfahrten, insbesondere Würzburg und Kitzingen, deutlich vom Lkw-Transitverkehr entlastet und die Lärm- und Abgasbelastung spürbar verringert werden.

Der Lkw-Verkehr in der Ortsdurchfahrt von Würzburg verringerte sich nach Anordnung der Verbote um ein Drittel. Auf der Bundesstraße 19 zwischen Unterpleichfeld und Werneck war ein Rückgang von 37 % festzustellen und auf der Bundesstraße 8 in der Ortsdurchfahrt von Kitzingen ging der Lkw-Verkehr um 25 % zurück. In Würzburg und Kitzingen sank die Anzahl der gezählten Lkw damit wieder auf das Niveau des Jahres 2004, d.h. vor Einführung der Lkw-Maut auf Autobahnen.

Heiko Brückner



### Kontakt

Tel.: 0931/380-1208

E-Mail: [wirtschaft.landesentwicklung.verkehr@reg-ufr.bayern.de](mailto:wirtschaft.landesentwicklung.verkehr@reg-ufr.bayern.de)

# Regulierungsbehörde bremst Preisanstieg auf den Energiemärkten

Ohne Strom geht nichts. Wie sehr Elektrizität unser aller Tagesablauf bestimmt, wird erst bei einem Stromausfall so richtig deutlich. Ohne Strom bleiben das Badezimmer dunkel, das Duschwasser und die Heizung kalt, die Kaffeemaschine aus, der Computerbildschirm schwarz und alle Maschinen und Geräte im Produktions- und Dienstleistungsbereich stehen still. Eine sichere Energieversorgung ist daher die zentrale Lebensader einer modernen Volkswirtschaft.

Strom muss aber auch preisgünstig und bezahlbar bleiben, denn es gibt keine Alternativen. Im internationalen Vergleich überhöhte Strompreise sind längst zum Standortproblem heimischer Unternehmen geworden und für immer mehr Menschen wird die Stromrechnung zu einem schmerzlichen Kostenfaktor. Der Unmut über ständig steigende Strompreise ist groß.

Fragt man nach Ursachen für steigende Strompreise, bilden sich drei große Kostenblöcke heraus:

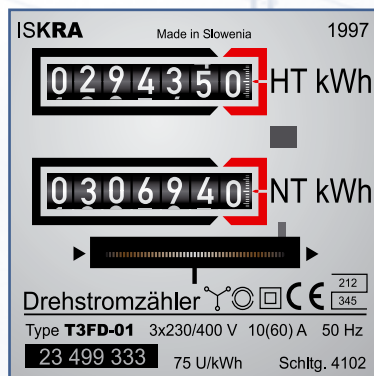
1. Stromerzeugungs- bzw. Strombeschaffungskosten und Vertrieb (Handel),
2. Netzkosten sowie
3. Steuern und Abgaben.

Letztere sind für alle Energieversorger gleich. Während im Handel zumindest theoretisch Wettbewerb besteht, gelten die Stromnetze (Leitungen) als natürliches Monopol, da jeder Stromhändler nur über das Netz des örtlichen

Netzbetreibers einen Kunden beliefern kann. Dafür muss der Händler ein sog. Netznutzungsentgelt an den Netzbetreiber bezahlen. Ein überhöhtes Netzentgelt ist damit das Nadelöhr zum Kunden.

Das neue Energiewirtschaftsgesetz trägt diesem Umstand Rechnung und sieht neben einer Entflechtung des Handels vom Netzbetrieb erstmals eine behördliche Überprüfung und Genehmigung der Netzentgelte im Strom- und Gasbereich vor. Diese neue Aufgabe erledigt bei der Regierung von Unterfranken die sog. Regulierungsbehörde, das sind die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Sachgebietes 22. Die erste Netzentgelt-Genehmigungsrunde wirkte sich auf die Strompreise ab 01.01.2007 sehr verbraucherfreundlich aus: Die Regulierungsbehörde drückte deutlich auf die Preisbremse. Zumindest bis zum 30.06.2007 konnte durch teilweise erheblich niedrigere Netzentgeltgenehmigungen ein auf breiter Front beabsichtigter Preisanstieg in Unterfranken verhindert werden, ja es kam sogar zu Preissenkungen.

Seit 01.07.2007 allerdings wurde die staatliche Preisaufsicht über die gesamten Allgemeinen Stromtarife aufgegeben. Niedrigere Netzentgelte können seitdem nicht mehr zwangsweise in niedrigere Stromtarife umgesetzt werden (im Gasbereich gab es seit jeher keine staatliche Preisaufsicht; hier gilt die sog. Ölpreisbindung). Der Gesetzgeber setzt nun ausschließlich auf die Regulierung der Netzentgelte. Durch günstigere Netzentgelte soll ein funktionstüchtiger Wettbewerb auf dem liberalisierten Strom- und Gasmarkt geschaffen werden und künftig für günstige Preise sorgen. Der Wettbewerb kommt allerdings erst in Schwung, wenn der Verbraucher die Tarife vergleicht und sich dann auch für einen günstigeren Anbieter entscheidet. Der Kunde also ist am Zug. Die Zahl der Wechsler ist im Laufe des Jahres 2007 bereits deutlich gestiegen. Ob sich dadurch auch langfristig günstigere Preise einstellen, wird die Zukunft zeigen.



Thomas Müller

## Kontakt

Tel.: 0931/380-1133

E-Mail: [wirtschaft.landesentwicklung.verkehr@reg.ufr.bayern.de](mailto:wirtschaft.landesentwicklung.verkehr@reg.ufr.bayern.de)

# Planfeststellungsverfahren für den sechsstreifigen Ausbau der Bundesautobahn A 3

## Schnelles Baurecht für leistungsfähige Infrastruktur

Bei den Planfeststellungsverfahren für den sechsstreifigen Ausbau der Bundesautobahn A 3 ist die Regierung von Unterfranken auch im Jahr 2007 ein gutes Stück vorangekommen. Die Durchführung der für die Realisierung dieser Infrastrukturmaßnahme notwendigen Rechtsverfahren genießt höchste Priorität. Im Bedarfsplan für die Bundesfernstraßen ist der Ausbau dieser transeuropäisch wie auch regional überaus bedeutsamen Verkehrsader zwischen Aschaffenburg und der Anschlussstelle Schlüsselfeld dem vordringlichen Bedarf zugeordnet.

Die Prioritäten der für die Ausarbeitung der Ausbaupläne zuständigen Autobahndirektion Nordbayern konzentrierten sich bislang insbesondere auf die knapp 94 Kilometer lange, hoch belastete Teilstrecke zwischen Aschaffenburg und dem Autobahnkreuz Biebelried (BAB A 3/A 7). In diesem Streckenabschnitt ist es der Regierung von Unterfranken als Planfeststellungsbehörde in den letzten gut zweieinhalb Jahren gelungen, für Ausbaumaßnahmen der BAB A 3 mit einem Kostenvolumen von fast 370 Millionen Euro vollziehbares Baurecht zu schaffen.

Von besonderer Dringlichkeit war der Ende Mai dieses Jahres erlassene Planfeststellungsbeschluss für die Erneuerung der im Zentralspessart gelegenen Haseltalbrücke, die wegen ihres baulichen Zustands planerisch und verfahrensmäßig gegenüber dem sechsstreifigen Ausbau in den angrenzenden Abschnitten vorgezogen werden musste. Die bestehende Stahlbrücke (vgl. Foto) zeigt seit Jahren zunehmende Ermüdungserscheinungen, die bereits zu spürbaren verkehrlichen Einschränkungen (Geschwindigkeitsbeschränkung, Mindestabstand für schwere Lkw) geführt hat. Mit ersten Vorbereitungsmaßnahmen zur Errichtung des neuen Brückenbauwerks wurde im Herbst 2007 begonnen. Die Verkehrsfreigabe ist für Ende 2011 geplant. Relativ weit fortgeschritten sind auch die im Frühjahr 2007 angelaufenen Planfeststellungsverfahren für die beiden östlich angrenzenden Bauabschnitte zwischen

der Haseltalbrücke und der Mainbrücke Bettingen. Die Planfeststellungsverfahren für zwei noch ausstehende Bauabschnitte zwischen der Haseltal- und der Kauppenbrücke sollen bis Anfang 2008 eingeleitet werden.

Ein weiterer Planfeststellungsbeschluss erging Ende Juni 2007 für den sechsstreifigen Ausbau der BAB A 3 im rund 8,4 Kilometer langen Abschnitt zwischen der Landesgrenze Baden-Württemberg/Bayern und der Anschlussstelle Helmstadt. Im Bereich zwischen der Mainbrücke Bettingen und dem Autobahnkreuz Biebelried hat die Regierung von Unterfranken damit zwischenzeitlich für fünf von insgesamt sieben Bauabschnitten der BAB A 3 Planfeststellungsbeschlüsse erlassen. Ein weiterer Abschnitt wurde im Februar 2007 vom Regierungspräsidium Stuttgart planfestgestellt. An der Mainbrücke Randersacker, der Anschlussstelle Rottendorf sowie zwischen dem Autobahndreieck Würzburg/West und der Anschlussstelle Würzburg-Heidingsfeld wurde erfreulicherweise 2007 bereits mit den Baumaßnahmen für den sechsstreifigen Ausbau begonnen.

Der weitere Verlauf der BAB A 3 östlich des Autobahnkreuzes Biebelried bis zur Anschlussstelle Schlüsselfeld wird derzeit von der Autobahndirektion Nordbayern überplant; erste Planfeststellungsanträge für zwei Bauabschnitte (zwischen Wiesentheid und Geiselwind) sind für Sommer 2008 angekündigt.

### Kontakt

Tel.: 0931/380-1506

E-Mail: [bauwesen@reg-ufr.bayern.de](mailto:bauwesen@reg-ufr.bayern.de)



Foto: Autobahndirektion Nordbayern



# Brückenbau auf neuen Wegen

## Public Private Partnership (PPP)



Foto: Staatl. Bauamt Würzburg

Mainbrücke Segnitz

Der Freistaat Bayern beschreitet angesichts knapper werdender staatlicher Mittel bei öffentlichen Baumaßnahmen teilweise neue Wege. Das Schlagwort hierzu lautet PPP (zu Deutsch: Öffentlich-Private Partnerschaft). Beim PPP-Modell arbeitet der Freistaat Bayern im Interesse einer zeitnahen Realisierung mit privaten Investoren zusammen, die das erforderliche Kapital vorstrecken und neben dem Bau auch für die Erhaltung des Vorhabens in den folgenden 25 Jahren verantwortlich sind. Im Haushaltsgesetz 2007/2008 des Bayerischen Landtags ist für Unterfranken der Bau von 4 Mainbrücken als Pilotprojekt im Wege dieses Modells aufgeführt, an den Kosten beteiligt sich die Wasser- und Schifffahrtsverwaltung mit rund 50 %.

### Mainbrücke Segnitz mit Ortsumgehung

Der Neubau ersetzt die bestehende Brücke, die aufgrund ihres baulichen Zustands auf einen Kfz-Verkehr mit einem zulässigen Gesamtgewicht von 16 t beschränkt wurde. Mehrere Schiffshavarien hatten zudem verdeutlicht, dass sie Schiffsanprall gefährdet ist. Die Regierung von Unterfranken hat im März 2007 den Planfeststellungsbeschluss für die Ortsumgehung Segnitz mit Erneuerung der Mainbrücke erlassen. Der Beginn des Brückenneubaus ist ab Mitte 2008 geplant.

### Neubau der Mainbrücke Volkach

Die Planung sieht die Erneuerung der 1947 bis 1949 errichteten - damals kombinierten - Straßen- und Eisenbahnbrücke als reine Straßenbrücke vor. Die bestehende Brücke befindet sich bei unzureichender Nutzbreite in einem schlechten Gesamtzustand. Das Planfeststellungsverfahren ist eingeleitet. Der Zeitplan ist auf einen Baubeginn noch im Jahr 2008 ausgerichtet. Um die Option einer Reaktivierung der Bahnlinie von Astheim nach Volkach offen zu halten, bleibt am bestehenden Brückenstandort der Bau einer zusätzlichen Eisenbahnbrücke räumlich möglich.

### Ausbau in Klingenberg mit Neubau der Mainbrücke

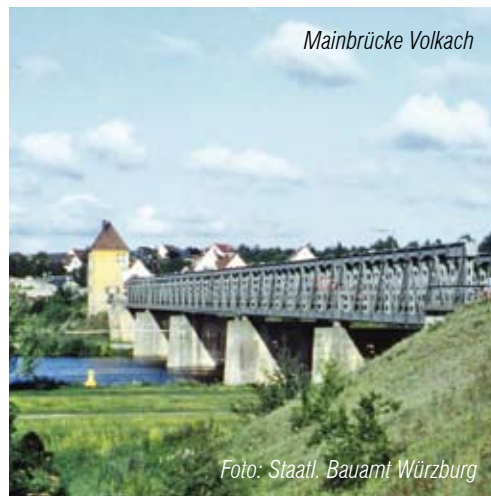
Die im Jahr 1949 wieder aufgebaute Brücke ist stark beschädigt und musste mittlerweile für Fahrzeuge über 16 t gesperrt werden. Im Juni 2007 wurde das Planfeststellungsverfahren für die Umgestaltung des Knotenpunktes der zwei

Staatsstraßen östlich der bestehenden Mainbrücke und den Neubau der Brücke eingeleitet mit dem Ziel des Baubeginns ab Herbst 2008.

### Ausbau Bergheinfeld – Grafenheinfeld mit Mainbrücke

Die Staatsstraße zwischen Grafenheinfeld und Bergheinfeld ist eine bedeutsame, Main überquerende Straßenverbindung im Süden von Schweinfurt. Die bestehende Brücke ist mindertragfähig und es fehlt ein Radweg. Baurecht wurde im Rahmen eines Wasserrechtsverfahrens geschaffen, Baubeginn war im Herbst 2007.

Die Gesamtkosten dieser 4 Brückenbaumaßnahmen belaufen sich auf rund 38,5 Millionen Euro.



Mainbrücke Volkach

Foto: Staatl. Bauamt Würzburg

### Neue Mainbrücke in Miltenberg

Im Zuge des deutschlandweit ersten PPP-Pilotprojektes im Straßenbau, der Ortsumgehung Miltenberg im Verlauf der Staatsstraße 2309, wird ebenfalls eine neue Mainbrücke erstellt. Sie ist eine mehrfeldrige Spannbetonbrücke mit einer Gesamtlänge von 357 m. Der Querschnitt ist ein Hohlkasten mit einer Breite von 14 m zwischen den Geländern. Die Kosten der Brücke betragen ca. 7,5 Millionen Euro. Die Verkehrsfreigabe für das Gesamtprojekt ist im August 2008 vorgesehen.

### Kontakt

Tel.: 0931/380-1432

E-Mail: [bauwesen@reg-ufr.bayern.de](mailto:bauwesen@reg-ufr.bayern.de)

# Die Erweiterung des Polizeipräsidiums Unterfranken im Zuge der Polizeireform

Der Bereich Planung und Bau der Regierung von Unterfranken betreut die Staatlichen Hochbaumaßnahmen in Unterfranken, die von den Staatlichen Bauämtern in Würzburg, Aschaffenburg und Schweinfurt abgewickelt werden. Ein Vorzeigebauwerk aus diesem Jahr ist die Erweiterung des Polizeipräsidiums Unterfranken.

Im Zuge der Verwaltungsreform 21 wurde der bisher vierstufige Aufbau der bayerischen Polizei durch den Wegfall der Polizeidirektionen auf drei Stufen reduziert. Dies bedeutet am Beispiel Unterfrankens, dass die bisher an den drei Polizeidirektionen Aschaffenburg, Schweinfurt und Würzburg angesiedelten Einsatzzentralen auf das Polizeipräsidium in Würzburg konzentriert wurden. Durch die neuen Nutzungsanforderungen wurde in einem ersten Bauabschnitt für rund 3,5 Millionen Euro eine moderne Einsatzzentrale im bestehenden Hauptgebäude des Polizeipräsidiums eingerichtet. Die durch die Einsatzzentrale selbst entfallenen Büroflächen wurden im zweiten Bauabschnitt unter Federführung des Staatlichen Bauamtes Würzburg durch einen zweigeschossigen Anbau auf dem Rasenplatz zwischen Hauptgebäude und Garagengebäude kompensiert.

Auf etwa 650 qm Hauptnutzfläche entstanden in nur 16 Monaten Bauzeit bis zum Herbst 2007

41 Büroarbeitsplätze sowie ein Aufenthalts- und ein Besprechungsraum. Die Gesamtbaukosten belaufen sich auf rund 2,12 Millionen Euro. Der neu errichtete Verwaltungstrakt ist ein elegantes, pavillonartiges Gebäude, das sich behutsam in die vorhandene, Baum umstandene Grünfläche einfügt. Durch eine kompakte, hoch gedämmte Bauweise, natürlich belüftete und belichtete Büroräume, ein extensiv begrüntes Dach und eine Photovoltaikanlage wurden Ästhetik und Ökologie bautechnisch vorbildhaft umgesetzt. Die Verbindung zum Hauptgebäude erfolgt über einen 23 Meter langen verglasten Steg.

In Anwesenheit des Bayerischen Staatsministers des Innern, Joachim Herrmann, von Regierungspräsident Dr. Paul Beinhofer und von Oberbürgermeisterin Dr. Pia Beckmann übergab Leitender Baudirektor Joachim Fuchs vom Staatlichen Bauamt Würzburg kurz vor Jahresende dem Hausherrn, Polizeipräsident Helmut Koch, die Schlüssel für das neue Verwaltungsgebäude.

Norbert Böhm



*Nordost- Ansicht mit Blick auf den Altbau*



*Fotos: Staatl. Bauamt Würzburg*

*Blick aus einem Büro ins Grüne*

**Kontakt**  
Tel.: 0931/380-1423  
E-Mail: [bauwesen@reg-ufr.bayern.de](mailto:bauwesen@reg-ufr.bayern.de)

# Stadtumbau im ländlichen Raum

## 6. Jahrestagung Städtebauförderung mit Impulsen aus der Praxis

Bereits zum sechsten Mal veranstaltete das Sachgebiet „Städtebau, Wohnungswesen“ seine „Jahrestagung Städtebauförderung“, die diesmal unter dem aktuellen Schwerpunktthema „Stadtumbau im ländlichen Raum“ stand. Mit den Jahrestagungen Städtebauförderung bietet die Regierung von Unterfranken den Städten und Gemeinden, die im Rahmen der Städtebauförderung mit Sanierungen befasst sind, regelmäßig ein Forum, sich untereinander und mit der Regierung als Koordinierungs- und Bewilligungsbehörde auszutauschen.

Hierzu konnte Regierungspräsident Dr. Paul Beinhofer 210 Teilnehmerinnen und Teilnehmer im Konferenzzentrum auf der Maininsel in Schweinfurt begrüßen, darunter eine Vielzahl von unterfränkischen Bürgermeistern, Stadtplanern und Architekten.



*Das Konferenzzentrum in Schweinfurt, erbaut auf dem Gelände des ehemaligen Schlachthofes, bot den idealen Rahmen für die „Jahrestagung Städtebauförderung“ zum Thema „Stadtumbau“.*

Bei seiner Eröffnungsrede wies der Regierungspräsident eindringlich darauf hin, dass die demografische Entwicklung und der wirtschaftsstrukturelle Wandel eine Anpassung der sozialen, wirtschaftlichen und baulichen Qualität unserer Städte und Gemeinden erfordern. Angesichts veränderter Rahmenbedingungen sind die Erneuerung und der Umbau in den kommenden Jahren zentrale Aufgaben in unseren Kommunen. Insbesondere in Regionen mit rückläufiger Bevölkerungsentwicklung, und hier insbesondere im ländlichen Raum, bedarf es eines aktiven Managements, um Funktionsverluste auszugleichen und die Kommunen zukunftsfähig zu erhalten. Dabei geht es auch darum, brach gefallene oder erneuerungsbedürftige Flächen oder Gebäude zu einer strategischen Aufwertung des Lebens- und Wirtschaftsstandortes „Zentrum“ zu nutzen. Gerade in Unterfranken kommt in diesem Zusammenhang der Konversion ehemals militärisch genutzter Flächen eine bedeutende Rolle zu. Dr. Beinhofer würdigte da-



*Eine umfassende Bürgerbeteiligung, wie hier ein Bürgerworkshop im Markt Frammersbach, fördert die Identität und die Akzeptanz eines notwendigen Umstrukturierungsprozesses.*

bei die Bedeutung der Städtebauförderung, die in dem seit dem Jahr 2004 bestehenden Förderprogramm „Stadtumbau West“ den betroffenen Kommunen wichtige Hilfestellung gibt.

Im Mittelpunkt der Tagung standen erste praktische Erfahrungen zum Stadtumbau. Von der konzeptionellen Erarbeitung integrierter Stadtentwicklungskonzepte bis hin zur konkreten Umsetzung von Projekten konnten wichtige Aspekte des Stadtumbaus anhand von Referaten von Vertretern der Stadt Kitzingen, des Marktes Wildflecken sowie des Marktes Frammersbach aufgezeigt werden. Partnerschaftliches Handeln, eine umfassende Bürgerbeteiligung, sorgfältige Planung und Vorbereitung und die Weiterentwicklung der Identität des Ortes stellten sich dabei als wesentliche Erfolgsfaktoren dar.

Manfred Grüner

*Foto: Gerhard Hagen, Bamberg*



*„Leuchtturmprojekte“, wie hier die Umgestaltung des Rathausplatzes im Markt Wildflecken – vom banalen Parkplatz zum spektakulären Kommunikationsplatz – sind wichtige Impulsgeber im Prozess des angestrebten Identitäts- bzw. Imagewandels innerhalb des Stadtumbaus.*

### Kontakt

Tel.: 0931/380-1440

E-Mail: [bauwesen@reg-ufr.bayern.de](mailto:bauwesen@reg-ufr.bayern.de)

# Neues zur Energieversorgung der Universität Würzburg

## Wärme- und Kälteversorgung der Universität „Am Hubland“

Die gegenwärtige Wärmeversorgung des Campusgeländes der Universität „Am Hubland“ erfolgt über ein universitätseigenes Heißwasser-Nahwärmenetz. Die Wärme wird in drei Heißwasserkesseln aus den Baujahren 1968, 1974 und 1991 erzeugt. Als Brennstoff wird hauptsächlich Erdgas und teilweise Heizöl eingesetzt.

Da die Kesselanlagen altersbedingt dringend sanierungsbedürftig sind, wurde unter Mitwirkung der Regierung von Unterfranken ein neues Energieversorgungskonzept mit den Zielsetzungen Klimaschutz, Energieeffizienz, deutliche CO<sub>2</sub>-Reduktion verfolgt. Um die Wärmeversor-



Alte Kesselanlage

gung der Universitätsliegenschaften umwelt-schonend und zukunftssicher zu gestalten, wird der bestehende Erdgasliefervertrag ab 2008 durch eine Fernwärmekomponente erweitert. Der zunächst auf zehn Jahre verhandelte Vertrag „Erdgas Plus“ eröffnet der Universität die Möglichkeit, die vom Energieversorger Würzburger Versorgungs- und Verkehrs-GmbH (WVV) gelieferte Energie von jährlich rund 40 Millionen Kilowattstunden künftig in Form von Erdgas plus Fernwärme im Verhältnis 1:2 zu beziehen.

Das weitere Konzept der internen Energieversorgung sieht im Anschluss eine Umstellung der Kälteerzeugung von gegenwärtig elektrisch betriebenen Kompressionskälteanlagen auf wärmebetriebene Absorptionskälteanlagen vor. Deswegen wird es möglich, die auch im Sommer bereitgestellte Fernwärme aus dem Netz der WVV zu beziehen und die im Müllheizkraftwerk bei der thermischen Müllverwertung anfallende Energie äußerst effizient und ökologisch sinnvoll zu nutzen. Dadurch ergibt sich auch hinsichtlich der bei der Energieversorgung immer in die Überlegungen einzubeziehenden

CO<sub>2</sub>-Gesamtbilanz ein deutlicher Vorteil. Auch die jährlichen Energiebezugskosten für die Universität reduzieren sich infolgedessen nicht unerheblich. Mit diesem neuen Konzept der Wärmeversorgung des Campus „Am Hubland“ wird neben wirtschaftlichen Gesichtspunkten auch die Zielsetzung der Bayerischen Staatsregierung hinsichtlich CO<sub>2</sub>-Minimierung, Energieeffizienz und Nachhaltigkeit erfüllt.

### Prinzipschema der künftigen Wärmeversorgung



gung der Universitätsliegenschaften umwelt-schonend und zukunftssicher zu gestalten, wird der bestehende Erdgasliefervertrag ab 2008 durch eine Fernwärmekomponente erweitert. Der zunächst auf zehn Jahre verhandelte Vertrag „Erdgas Plus“ eröffnet der Universität die Möglichkeit, die vom Energieversorger Würzburger Versorgungs- und Verkehrs-GmbH (WVV) gelieferte Energie von jährlich rund 40 Millionen Kilowattstunden künftig in Form von Erdgas plus Fernwärme im Verhältnis 1:2 zu beziehen.

Das weitere Konzept der internen Energieversorgung sieht im Anschluss eine Umstellung der Kälteerzeugung von gegenwärtig elektrisch betriebenen Kompressionskälteanlagen auf wärmebetriebene Absorptionskälteanlagen vor. Deswegen wird es möglich, die auch im Sommer bereitgestellte Fernwärme aus dem Netz der WVV zu beziehen und die im Müllheizkraftwerk bei der thermischen Müllverwertung anfallende Energie äußerst effizient und ökologisch sinnvoll zu nutzen. Dadurch ergibt sich auch hinsichtlich der bei der Energieversorgung immer in die Überlegungen einzubeziehenden

### Kontakt

Tel.: 0931/380-1402

E-Mail: [bauwesen@reg-ufr.bayern.de](mailto:bauwesen@reg-ufr.bayern.de)

## Neue Stromlieferverträge für die Universität Würzburg, das Klinikum der Universität und die Fachhochschule Würzburg-Schweinfurt

Die bestehenden Stromlieferverträge der Abnahmestellen der Universität Würzburg, des Klinikums der Universität und der Fachhochschule Würzburg-Schweinfurt sind zum 31.12.2007 ausgelaufen. Wie bereits 2005, wurde von der Regierung von Unterfranken eine gemeinsame, EU-weite Ausschreibung für die Stromlieferung der genannten Einrichtungen in Würzburg für die Jahre 2008/2009 durchgeführt. Durch diese „Bündelung“ wurde eine Jahresabnahmemenge von 65 Millionen Kilowattstunden elektrischer Energie dem Wettbewerb unterstellt.

Als wirtschaftlichster Bieter ist die WVV aus diesem Wettbewerb hervorgegangen und wird auch in den nächsten 2 Jahren den Strom für diese Liegenschaften liefern.

# Brücken bauen – Übergänge gestalten

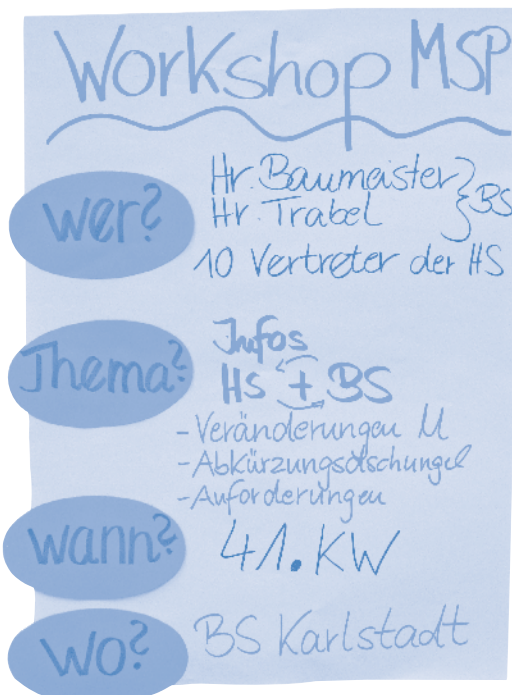
## Impulse für die Zusammenarbeit Hauptschule – Berufsschule

Ständige Veränderungen und zahlreiche Herausforderungen prägen den Weg eines Menschen durch sein Leben. Der Übergang von einer ihm vertrauten Welt in eine neue, ihm unbekanntere Umgebung spielt eine wichtige Rolle in der Persönlichkeitsentwicklung. Damit der Wechsel als Chance genutzt werden kann und die Heranwachsenden stärkt, müssen die Schnittstellen in der Schullaufbahn eng miteinander verbunden werden, müssen alle Verantwortlichen – Eltern, Erzieher und Lehrer – an einem Strang ziehen.



*Miteinander im Gespräch bleiben:  
Lehrer und Schulaufsicht*

Die Auftaktveranstaltung „Kooperation Hauptschule – Berufsschule“ in der Staatlichen Berufsschule Bad Kissingen im April 2007 gab der Zusammenarbeit zwischen diesen beiden



*Konkrete Projektplanung in einer To-do-Liste*

Schularten neue Impulse. Schulaufsicht, Schulleitungen, Lehrkräfte und Vertreter der Wirtschaft erarbeiteten gemeinsam Vorgehensweisen zur



intensiven Vorbereitung der Jugendlichen auf den Wechsel von der Schule in den Beruf. Arbeitskreise Schule-Wirtschaft, Berufsinformationstage oder Berufsbörsen ergänzen die intensive Beratung der Hauptschüler bezüglich ihrer Berufswahlmöglichkeiten und den Anforderungen der Ausbildungsbetriebe.

Die Kenntnis der Lehrpläne und der Anforderungsprofile verschiedener Berufe bildet die Grundlage der Kommunikation zwischen den Lehrkräften. Schul- und Klassenpatenschaften sowie die Kontaktpflege zur Arbeitsagentur, zu Betrieben und Kammern bereiten die Schulabgänger auf die Ausbildung vor. Der „Blick von außen“ von Seiten der Wirtschaft macht deutlich, wie sehr die Jugendlichen ein geeignetes Rüstzeug für ihre Zukunft brauchen. Individuelles Lernen als Voraussetzung für lebenslanges Lernen muss ebenso gefördert werden wie die Entwicklung von Grundkompetenzen und Werthaltungen. Fit sein in fachlicher Hinsicht und stark sein in der Persönlichkeit sind die Basis dafür, dass Jugendliche den Herausforderungen heute und morgen gewachsen sind.



*Dr. Paul Beinhofer motiviert zum Aufbruch*

Mit dem Übergang Hauptschule – Berufsschule wurde eine weitere, wichtige Schnittstelle angegangen; denn der gelungene Einstieg in das Berufsleben bestimmt weitgehend die Möglichkeiten, sein eigenes Leben zu meistern. Eine Anschlussorientierung, die rechtzeitig in der Schullaufbahn einsetzen muss, stellt einen erfolgreichen Übergang in Aussicht.

Zukunftsfähige Strukturen für die optimale Entwicklung unserer Jugend zu schaffen, ist ein Leitziel der Regierung von Unterfranken. Eine von Regierungspräsident Dr. Paul Beinhofer eingesetzte Arbeitsgruppe koordiniert die Zusammenarbeit zwischen den Bildungseinrichtungen auf verschiedenen Ebenen.

### Kontakt

Tel.: 0931/380-1361 oder 1305  
E-Mail: schulen@reg-ufr.bayern.de

# Regionalkongresse zur Hauptschulinitiative

„Die bayerische Hauptschule – Stark machen für die Zukunft, alle Talente fördern!“ lautet das Motto der Hauptschulinitiative der Bayerischen Staatsregierung, die im Mai 2007 offiziell auf den Weg gebracht wurde.

Ziel der Initiative ist es, die Hauptschule in Bayern als eine tragende Säule des gegliederten Schulwesens zu stärken und die jungen Menschen an Hauptschulen optimal zu fördern, um damit ihre Zukunftschancen in Ausbildung und Beruf, im Privatleben und in der Gesellschaft auf eine gute Grundlage zu stellen.

Zu den Elementen, mit denen dieses Ziel erreicht werden soll, gehören unter anderem

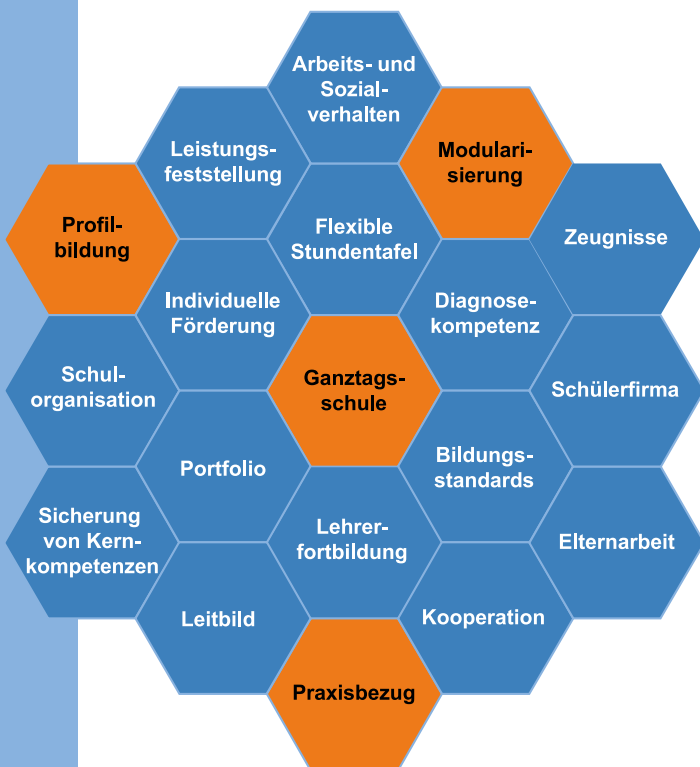
- der bedarfsgerechte, flächendeckende Ausbau gebundener Ganztagsangebote an Hauptschulen,
- die Profilbildung mit drei berufsfeldbezogenen Profildbereichen,
- eine noch stärkere Ausrichtung der Schulen in der Gestaltung des Unterrichts auf die individuellen Fähigkeiten und Bedürfnisse der Schülerinnen und Schüler, z.B. durch die Modularisierung des Unterrichts,
- die Verstärkung des Praxisbezugs, z.B. durch die Ausweitung von Praktika und die Intensivierung von Kooperationen mit Unternehmen und außerschulischen Partnern.



Die Hauptschulinitiative setzt die vielfältigen Bemühungen der letzten Jahre, die Hauptschulen in Unterfranken zu leistungsfähigen Institutionen für die Ausbildung der ihnen anvertrauten jungen Menschen weiterzuentwickeln, konsequent fort.

Zur Weitergabe und Vertiefung der Informationen über die Schwerpunkte der Hauptschulinitiative führte die Regierung von Unterfranken im Juli 2007 drei Regionalkongresse in Würzburg, Aschaffenburg und Zeil am Main durch, an denen insgesamt rund 400 Schulleitungen und Lehrkräfte teilnahmen. In diesen drei Veranstaltungen wurden zentrale Elemente der Hauptschulinitiative vorgestellt. In Info-Shops konnten sich die Schulen einen praxisnahen Einblick in Schwerpunkte der Hauptschulinitiative verschaffen und sich im Anschluss daran über Möglichkeiten der Umsetzung in ihrem Bereich austauschen.

Günter Renner



Informationen und Materialien zur Hauptschulinitiative finden Sie unter <http://www.regierung.unterfranken.bayern.de> in der Rubrik „Schulen“.

**Kontakt**  
Tel.: 0931/380-1308  
E-Mail: [schulen@reg-ufr.bayern.de](mailto:schulen@reg-ufr.bayern.de)



# Zum Lesen verlocken

## Aktionswoche „Unterfranken liest“ in Grund- und Hauptschulen



Lesen ist eine der Basiskompetenzen, die ein Kind für einen erfolgreichen Bildungsweg braucht. Schüler sollen mit Freude Lesen lernen, Literatur begegnen und Bücher als Nahrung für Geist und Seele empfinden – eine ernst genommene Aufgabe von Eltern, Erzieherinnen und Lehrkräften.

Mit der Auftaktveranstaltung in der Regierung von Unterfranken am 18. April 2007 gab Regierungsvizepräsident Dr. Andreas Metschke den Startschuss für die unterfränkische Lesewoche für etwa 340 Grund- und Hauptschulen. Mit zahlreichen Aktionen rund um den internationalen Tag des Buches am 23. April wurden Schülerinnen und Schüler der Klassen 1 bis 10 zum Lesen angeregt.

In Veranstaltungen wie Autorenlesungen, Lesenächte, Vorlesewettbewerbe, Leseprojekte mit Eltern, Bibliotheken oder Buchhandlungen begegneten sie Kinder- und Jugendliteratur. Lesen wurde für sie erlebbar.

Impulse für ihre erzieherische Arbeit erhielten Lehrkräfte aus berufenem Munde von der Redakteurin der Kinder- und Jugendliteraturseite der Süddeutschen Zeitung, Frau Dr. Roswitha Budeus-Budde. Sie zeigte an konkreten Beispielen, mit welcher aktuellen Literatur die Heranwachsenden zum Lesen verlockt werden können. Denn jeder Mensch wird zum Leser, wenn er einmal das Buch gefunden hat, das ihn fasziniert. Nur kann der Zugang ganz anders aussehen, als sich Erwachsene das vorstellen. Wenn allerdings Eltern und Lehrer zeigen, wie selbstverständlich Lesen zum Alltag und zur

Freizeit gehört, ist das die beste Voraussetzung für die Vermittlung von Literatur an die Schüler.

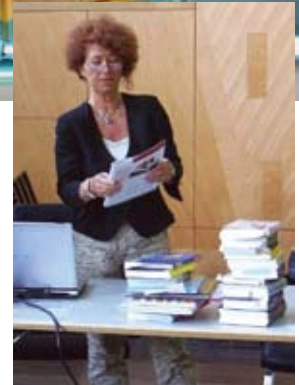
Einen harmonischen Abschluss fand die Lesewoche im schön gestalteten Ambiente der Städtischen Musikschule in Aschaffenburg. Der Autor und ehemalige Verleger Hans-Joachim Gelberg vermittelte äußerst anschaulich und unterhaltsam, dass Kinderliteratur für alle da ist.

Lesen soll sowohl in der Schule als auch zu Hause ritualisiert werden, um Bücher im Alltag als selbstverständliches Element zu integrieren. Denn: Lesen lernt man durch Lesen – an jedem denkbaren Ort!

Weitere Informationen sind zu finden auf der Homepage der Regierung von Unterfranken unter <http://www.regierung.unterfranken.bayern.de> im Bereich Schulen (Volksschulen).

Irma Amrehn

*Bücher verlocken zum Lesen.*



*Dr. Roswitha Budeus-Budde präsentiert aktuellen Lesestoff.*

*Hans-Joachim Gelberg zitiert aus Kinderbüchern.*

### Kontakt

Tel.: 0931/380-1361

E-Mail: [schulen@reg-ufr.bayern.de](mailto:schulen@reg-ufr.bayern.de)



# Unterfranken geht stiften: Stiftungsbilanz 2007

## Stifter werden - Zukunft nachhaltig gestalten

Nach diesem Motto handeln in Unterfranken immer mehr Bürgerinnen und Bürger sowie Institutionen, die ihr gesellschaftliches Engagement über das Hier und Heute hinaus auch für die nächsten Generationen in gesicherter Form fortführen wollen. Der Wille, für die Gemeinschaft Gutes zu tun und ein Zeichen zu setzen, lässt sich häufig mit einer Spende, die zeitnah wirkt, nicht ausreichend erfüllen. Nachhaltigkeit ist auch in diesem Zusammenhang ein entscheidendes Kriterium, wenn es um einen langfristigen Ertrag bürgerschaftlichen Handelns geht.

Ein besonders geeignetes Mittel dafür bildet die Gründung einer Stiftung. Mit ihr erschöpft sich die Hingabe einer bestimmten Summe Geldes nicht in der einmaligen Erfüllung eines gesellschaftlich anerkannten Zweckes, sondern dient dazu, als rechtlich gesichertes Sondervermögen mit seinen Erträgen dauerhaft und nachhaltig einen solchen Zweck auch in der Zukunft zu unterstützen.

Die Motive, eine Stiftung gründen zu wollen, können sehr unterschiedlich sein - in jedem Fall aber verbindet Stiftergeist die Freiheit, mit vorhandenem Vermögen oder Vermögensüberschüssen nach eigenem Willen mitzuhelfen, gesellschaftliche Probleme zu lösen, mit der Verantwortung, die jeder heutzutage von uns für öffentliche Aufgaben und die Gemeinschaft übernehmen sollte.

Im Jahre 2007 haben im Regierungsbezirk Unterfranken 20 weitblickende Menschen und Institutionen diesen Weg beschritten und eine Stiftung gegründet. Damit hat sich die Zahl der Stiftungen in Unterfranken auf 332 erhöht. Das Rekordjahr 2007 folgt so wiederum dem Trend der letzten Jahre, in denen von 2001 bis 2006 71 Stiftungen von der Regierung von Unterfranken genehmigt bzw. anerkannt wurden. Dazu gehören solche, die kulturelles Engagement nachhaltig fördern wollen. Andere Stiftungen dienen dazu, soziale Not zu lindern oder die Erforschung von bisher noch nicht heilbaren Krankheiten zu ermöglichen.



Regierungspräsident Dr. Paul Beinhofer (Mitte) bei der Überreichung der Anerkennungsurkunde für die „Jugendstiftung Main-Spessart“ an Landrat Armin Grein (links) und Kreisjugendpfleger Bernhard Metz (rechts).

Regierungspräsident Dr. Paul Beinhofer dazu: „Unterfranken verfügt über eine reichhaltige, wachsende Stiftungslandschaft. Dies liegt neben den steuerlichen Rahmenbedingungen auf Bundesebene an einem besonders stifterfreundlichen Klima in unserem Land. Gerade das Bayerische Stiftungsgesetz bietet dem Stifter einen großen Raum an Gestaltungsfreiheit und Initiative. Die Regierung von Unterfranken fühlt sich zu allererst als Partner und Berater von potenziellen Stiftern und bereits existenten Stiftungen. Wir freuen uns über jeden, der eine Stiftung in Unterfranken errichten will.“

Peter Ditzte

### Kontakt

Tel.: 0931/380-1536

E-Mail: [schulen@reg-ufmr.bayern.de](mailto:schulen@reg-ufmr.bayern.de)



Für Stiftungswillige ist bei der Regierung von Unterfranken eine Broschüre erhältlich, die die wichtigsten Schritte zur Gründung einer Stiftung leicht verständlich erklärt. Darüber hinaus kann gern ein Beratungsgespräch mit den Mitarbeitern der Stiftungsaufsicht an der Regierung von Unterfranken geführt werden.

Im Internet unter <http://www.innenministerium.bayern.de/buerger/staat/stiftungen> ist ein ausführliches Merkblatt mit Muster für Stiftungsgeschäft und -satzung sowie weiterführenden Adressen und Hinweisen, die für Stifter interessant und hilfreich sind, abrufbar.

Ein aktuelles Verzeichnis aller rechtsfähigen, mit Ausnahme kirchlicher, Stiftungen mit Sitz in Bayern steht im Internet unter <http://www.stiftungen.bayern.de> zur Verfügung. Das Verzeichnis enthält für jede Stiftung Angaben zum Namen, zur Rechtsstellung und zur Art, zum Sitz, zum Zweck, zu den Stiftungsorganen, zur gesetzlichen Vertretung, zum Zeitpunkt der Entstehung und zur Anschrift sowie auch den Namen des Stifters, falls dieser dem zugestimmt hat.

# Qualitätsweinprüfung in Bayern

## Neue Räumlichkeiten der Weinprüfstelle am Peterplatz in Betrieb genommen

Ihren Betrieb aufgenommen am Peterplatz 7 in Würzburg hatte die neue Weinprüfstelle der Regierung von Unterfranken ja bereits Anfang Dezember 2006. Ihrer offiziellen Bestimmung übergeben wurden die Räumlichkeiten aber erst Ende Januar 2007. Hierzu hatte Regierungspräsident Dr. Paul Beinhofer eigens den damaligen Verbraucherschutzminister Dr. Werner Schnappauf eingeladen. Der Regierungspräsident begrüßte neben dem Staatsminister zahlreiche weitere Gäste. Beinhofer zeigte sich erfreut darüber, dass es nunmehr gelungen ist, die Weinprüfstelle als ein Aushängeschild der Regierung zurück an den Peterplatz zu holen. Zuvor war die Weinprüfstelle aus Platzgründen seit dem Jahr 1985 in der Zeller Straße untergebracht. Der Regierungspräsident lobte die Zusammenarbeit zwischen den Betroffenen und den Bauverantwortlichen. Der „Wein-TÜV“ sei letztlich ein Garant für das gute Ansehen Frankens nicht nur für die Liebhaber des Frankenweins, sondern weltweit, wie Beinhofer betonte. Der Präsident des Fränkischen Weinbauverbandes Andreas Oestemer hob das stets gute und vertrauensvolle Verhältnis zu den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Weinprüfstelle hervor, nachdem sowohl der Verband als auch die Amtliche Qualitätsweinprüfung sich den hohen Qualitätsanforderungen des Frankenweins verpflichtet fühlen. Dr. Schnappauf zeigte sich überzeugt, dass die Amtliche Qualitätsweinprüfung bei der Regierung von Unterfranken in guten Händen ist. Hierfür seien die neuen und modernen Räumlichkeiten ein sichtbares Zeichen.

Er verwies auch auf die enge Kooperation mit dem Landesamt für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit.

Im Prüfjahr 2007 konnte die neue Prüfstelle dann auch mit einigen Rekorden aufwarten. Der Rotling (das ist ein Verschnitt von Weißweinträumen mit Rotweinträumen) konnte sich um 1 Million Liter geprüfter Menge auf nunmehr 3 Millionen Liter hochschrauben. Auch wurden im letzten Vierteljahr 2007 bereits 2,8 Millionen Liter vom neuen Jahrgang 2007 geprüft. Im Vergleichszeitraum 2006 waren es noch 2,1 Millionen Liter. Der zu beobachtende Trend nach jugendlichen, frischen und lebendigen Weinen setzte sich damit auch im Jahr 2007 weiter fort. Insgesamt hatte die Prüfstelle mit 13 100 Anträgen im Jahr 2007 die höchste Anstellung seit ihrem Bestehen (seit 1971) zu verzeichnen.

Johannes Hardenacke

### Kontakt

Tel.: 0931/380-1614

E-Mail: [weinpruefstelle@reg-ufr.bayern.de](mailto:weinpruefstelle@reg-ufr.bayern.de)



Ankunft am Peterplatz. Begeisterung beim Anblick der neuen Weinprüfstelle kam sogleich auch beim damaligen Verbraucherschutzminister Dr. Werner Schnappauf auf.



### Qualitätsweinprüfung bei der Regierung von Unterfranken

Die Amtliche Weinprüfung ist ein Paradebeispiel für Qualitätssicherung und Verbraucherschutz. Der „Wein-TÜV“ mit seiner strengen Prüfung ist Garant für ein hohes Niveau aller bayerischen Qualitätsweine. Mit dem Ablauf des Kalenderjahres 2007 konnte die Weinprüfstelle der Regierung von Unterfranken bereits auf 36 Prüfjahrgänge zurückblicken. Dies entspricht einer geprüften Gesamtmenge von rund 1,36 Milliarden Liter Wein. Die Regierung von Unterfranken ist seit 1971 für die amtliche Qualitätsweinprüfung in ganz Bayern zuständig. Bei der amtlichen Weinprüfung werden jährlich rund 12.000 Partien Wein durch rund 1.000 Betriebe zur Prüfung angestellt, davon rund 3.000 Anträge bereits im Online-Verfahren. Rund 99 % der Ertragsreblflächen liegen dabei in Franken. Die jährliche Anerkennungsquote liegt im langjährigen Mittel bei 89 %.



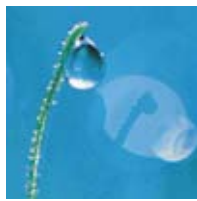
*Der Wein als Verwaltungsobjekt: An der Annahmetheke der neuen Weinprüfstelle demonstrierte Wolfgang Endres anschaulich die Versiegelung einer Originalweinprobe. Monika Etthöfer von der Weinprüfstelle überprüfte dazu die entsprechenden Antragsunterlagen.*



*Das Weinprüfstellenteam Wolfgang Endres, Jutta Polte, Monika Etthöfer, Magdalena Ziegler, Joachim Walch und Petra Weltz fühlt sich sichtlich wohl in den neuen Räumen der Weinprüfstelle am „Mutterhaus“.*

Weitere ausführliche Informationen zur „Weinprüfung“ und zur „Qualitätsweinprüfung-Online“ sind auch im Internet auf den Seiten der Regierung von Unterfranken <http://www.regierung.unterfranken.bayern.de> in der Rubrik „Gesundheit, Verbraucherschutz“ (Weinprüfstelle) abrufbar. Dort finden Weininteressierte bei den genannten Themen unter anderem ein Musteretikett eines Qualitätsweins aus Franken mit einer Beschreibung der einzelnen Bezeichnungen, ferner Übersichtskarten zu den Weinbaugebieten in Deutschland und Franken und vieles mehr.





# Wasser in Unterfranken

## Faszination und Herausforderung

Wasser fasziniert, ist Lebensmittel und Lebensraum, verbindet Länder und macht Spaß. Die Wasserschule® Unterfranken, die Regierungspräsident Dr. Paul Beinhofer im März 2007 eröffnet hat, führt die Schülerinnen und Schüler der Grundschulen an das lebenswichtige Element heran – mit vielen Vorschlägen für interessanten Unterricht zu den Themen Wasser als faszinierendes Element, Wasserkreislauf, Fließgewässer, Wasserversorgung und Grundwasserschutz sowie Abwasserentsorgung. Das Angebot gibt es für Lehrer zur eigenen Unterrichtsgestaltung als „mobile Wasserschule“ sowie im Schullandheim Hobbach (Landkreis Miltenberg) als „stationäre Wasserschule“. Dort stehen zahlreiche Möglichkeiten zum Experimentieren, Untersuchen und Gestalten bereit. Für alle gleich ist

eine Handreichung für Lehrer als Hilfsmittel für den Unterricht und eine Wasserfibel für Schüler als buntes Arbeitsheft, das neugierig macht, sich mit dem Thema Wasser auseinanderzusetzen. Nach Durchlaufen einer Wasserwoche erhalten die frischgebackenen Wasserexperten Trinkwassergläser und Urkunden – zur Anerkennung ihres Engagements und um das wichtige Thema sichtbar in die Familien zu bringen. Alle Elemente der Wasserschule stehen dabei kostenfrei zur Verfügung. Weitere Informationen unter: [www.wasserschule-unterfranken.de](http://www.wasserschule-unterfranken.de).

Axel Bauer



Nachhaltigkeit lernen



Der erste Durchlauf der stationären Wasserschule im Schullandheim Hobbach: Regierungspräsident Dr. Paul Beinhofer machte sich ein Bild von den Aktivitäten der Wasserschüler aus der Volksschule Urspringen.



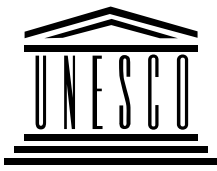
Bei der Übergabe des Berichtes 2006 über die Trinkwasserversorgung in Unterfranken. Von rechts nach links: Der damalige Bayerische Staatsminister für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz Dr. Werner Schnappauf, der Vorsitzende des Unterausschusses im Bayerischen Landtag MdL Henning Kaul und Regierungspräsident Dr. Paul Beinhofer

Die Wasserschule® Unterfranken ist eines der Kernprojekte der AKTION GRUNDWASSERSCHUTZ – Trinkwasser für Unterfranken. Eine Aktion, die dem Auftrag des Bayerischen Landtags gerecht wird, neue Wege zu beschreiten, um die Versorgung mit regional gewonnenem Trinkwasser in Unterfranken langfristig zu sichern und zu einer nachhaltigen Entwicklung beizutragen. Dass dies hohe Anstrengungen erfordert, wurde zuletzt im Bericht der Regierung an den Bayerischen Landtag deutlich, den der damalige Bayerische Umweltminister Dr. Werner Schnappauf im April in Würzburg dem Vorsitzenden des Unterausschusses, MdL Henning Kaul, übergeben hat. Geringe Niederschläge, klüftiger Untergrund und dünne Bodenschichten sind die Gründe, dass das Grundwasser in Unterfranken stärker belastet ist als in anderen Teilen Bayerns. Die Unterfranken haben sich der Situation angepasst, verbrauchen sie mit 122 Litern täglich doch rund 10 Liter weniger als die Bewohner in Südbayern. Die Wasserschutzgebiete, die mit insgesamt rund 550 Quadratkilometern ca. 6,5 % der Fläche Unterfrankens abdecken, verdeutlichen die Bemühungen zur Sicherung des jährlichen Wasserbedarfs von 84 Millionen Kubikmetern. Doch dies allein reicht noch nicht aus für eine nachhaltige Sicherung der Wasservorkommen. Dr. Schnappauf brachte es auf den Punkt: „Wo kein Wasser, da kein Leben. Wir müssen Vorsorge treffen“. Die Regierung von Unterfranken ist mit ihrer AKTION GRUNDWASSERSCHUTZ auf dem richtigen Weg, sei es bei der Bewusstseinsbildung, der grundwasserverträglichen Landwirtschaft oder den Bemühungen für angepasstes Konsumverhalten. Der eingeschlagene Weg muss auch in Zukunft weiter beschritten werden. Weitere Informationen unter: [www.aktiongrundwasserschutz.de](http://www.aktiongrundwasserschutz.de).

### Kontakt

Tel.: 0931/380-1375

E-Mail: [wasser@reg-ufr.bayern.de](mailto:wasser@reg-ufr.bayern.de)



# UNESCO-Biosphärenreservat Rhön – Allianzen für Mensch und Natur

Jubiläum: 25 Jahre „Naturschutzgebiet Lange Rhön“



Die UNESCO hat im Jahr 1991 das länderübergreifende (Bayern, Hessen, Thüringen) Biosphärenreservat Rhön anerkannt. Die Bayerische Verwaltungsstelle dieses Biosphärenreservates ist eine Dienststelle der Regierung von Unterfranken. Aufgabe der Verwaltungsstelle ist es, zusammen mit allen Partnern in der Region die Kulturlandschaft der Rhön für Mensch und Natur zu erhalten und pfleglich weiterzuentwickeln, nachhaltige Nutzung in allen Wirtschaftsbereichen zu unterstützen und dies mit Forschungs- und Bildungsaktivitäten sowie Monitoring zu begleiten. Zuständig für die Umsetzung der Naturschutzbelange im Gebiet des Biosphärenreservates Rhön sind die Höhere Naturschutzbehörde der Regierung von Unterfranken zusammen mit den Unteren Naturschutzbehörden der Landratsämter Bad Kissingen und Rhön-Grabfeld.

Am 26.04.2007 feierte die Rhön das Jubiläum „25 Jahre Naturschutzgebiet Lange Rhön“ mit dem damaligen Bayerischen Staatsminister für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz Dr. Werner Schnappauf sowie zahlreichen weiteren Ehrengästen. Das Naturschutzgebiet Lange Rhön ist mit 3272 ha das größte außeralpine Naturschutzgebiet in Bayern. Zudem wurde es als europaweit wichtiges „Fauna-Flora-Habitat (FFH)-Gebiet“ und Vogelschutzgebiet geadelt.

Es ist Rückzugsgebiet und Lebensraum des Birkwildes in der Rhön. Der besorgniserregende Entwicklungstrend dieser scheuen Vogelart zeigt, dass auf allen Seiten Bemühungen zur Erhaltung verstärkt werden müssen. Hierzu tragen verschiedene Maßnahmen wie das ehrenamtliche Engagement von Jägern zur Biotopoptimierung, Maßnahmen der Besucherlenkung und

-information, angepasste Bewirtschaftung der Flächen durch Vereinbarungen mit den Grundstückseigentümern bzw. -bewirtschaftern sowie regelmäßige Bestandserfassungen bei. Dass diese Maßnahmen bereits positive Ergebnisse für andere Arten haben, zeigt z.B. die erfreuliche Entwicklung der geschützten Vogelarten Raubwürger und Bekassine.

Aber auch die landwirtschaftlich genutzten Grünlandflächen außerhalb der Naturschutzgebiete sind wichtiger Bestandteil eines integrativen Naturschutzes in der Rhön: Prächtige bunte Wiesen wurden im Rahmen der ersten „Rhöner Wiesenmeisterschaft 2007“ durch die Bayerische Verwaltungsstelle des Biosphärenreservates Rhön ausgezeichnet. Das Engagement der Landwirte zur Erhaltung der Schönheit der Heimat und der Lebensräume für Pflanzen und Wildtiere wurde dabei gewürdigt. Der 1. Preisträger 2007, Nebenerwerbslandwirt Reiner Göpfert aus Oberelsbach-Ginolfs, bietet 95 Pflanzenarten auf einer Fläche von 1,2 ha Lebensraum.

Synergieeffekte zwischen Naturschutz und Landwirtschaft sollen über die Etablierung einer

„Großflächigen extensiven Beweidung“ erreicht werden, einem länderübergreifenden

## Biosphärenreservat

## Rhön

Projekt, das von der Deutschen Bundesstiftung Umwelt gefördert und – für die bayerische Rhön – vom Bayerischen Bauernverband e.V. (Kreisverband Rhön-Grabfeld) gemanagt wird. In der bayerischen Rhön beteiligen sich 16 landwirtschaftliche Betriebe an diesem Pilotprojekt, welches zeigen soll, dass Beweidung sowohl



Foto: Eckhard Jedicke



Foto: Georg Vogel



Foto: Jürgen Holzhausen

arbeitswirtschaftlich und tiergerecht als auch im Sinne des Naturschutzes sein kann. Insbesondere soll die traditionelle Rinderrasse, das Gelbe Frankenvieh, wieder in die Fleischtheken und auf den Teller des Verbrauchers zurückkehren – als besonderes Qualitätsprodukt des Biosphärenreservates Rhön.

Dr. Doris Pokorny



### Kontakt

Tel.: 09774/91020

E-Mail: [postmaster@brrhoenbayern.de](mailto:postmaster@brrhoenbayern.de)

Internet: [www.biosphaerenreservat-rhoen.de](http://www.biosphaerenreservat-rhoen.de)



## Europäische Wasserrahmenrichtlinie in Zusammenwirken mit Natura 2000

Die Mitgliedstaaten der Europäischen Union setzen die europäischen Richtlinien zum Schutz der Gewässerökosysteme (EG Wasserrahmenrichtlinie) und der Natur (Fauna-Flora-Habitat (FFH)-Richtlinie und Vogelschutzrichtlinie) um. Im Bereich von Flussauen und Stillgewässern treffen dabei die Anforderungen beider Richtlinien zusammen. Daraus ergibt sich in der Praxis Abstimmungsbedarf, da die Richtlinien teilweise Unterschiede in ihren Zielsetzungen, Instrumentarien und Umsetzungsmaßnahmen aufweisen.

Die Wasserrahmenrichtlinie (WRRL) schützt alle aquatischen Ökosysteme. Ziel ist die Vermeidung einer weiteren Verschlechterung sowie Schutz und Verbesserung des Zustands der Oberflächen- und Grundwasserkörper sowie der direkt von ihnen abhängigen Landökosysteme und Feuchtgebiete. Damit soll bis 2015 der „gute Zustand“ erreicht werden. Für Oberflächenwasserkörper erfolgt eine Bewertung anhand des ökologischen und des chemischen Zustands. Der Zustand des Grundwassers wird anhand seines mengenmäßigen und chemischen Zustands bewertet. Im Bewirtschaftungsplan werden die Maßnahmen aufgezeigt, die notwendig sind, den guten Zustand zu erreichen. Über die notwendigen Schritte hierzu, bezogen auf den Planungsraum Unterer Main, informierte die Regierung beispielsweise im April 2007 beim 3. Regionalen Wasserforum.

In Managementplänen werden Erhaltungs- bzw. Wiederherstellungsmaßnahmen festgelegt, die notwendig sind, um einen günstigen Erhaltungszustand der Lebensraumtypen und/oder Arten zu gewährleisten, die maßgeblich für die Aufnahme in das Europäische Netz „Natura 2000“ waren.

Die WRRL verpflichtet die Mitgliedstaaten, bis zum Jahre 2008 Maßnahmenprogramme und bis 2009 flusseinzugsgebietsbezogene Bewirtschaftungspläne aufzustellen. Für die Natura 2000-Gebiete müssen die Mitgliedstaaten die nötigen Erhaltungsmaßnahmen ebenfalls festlegen; eine zeitliche Vorgabe existiert jedoch nicht. Zudem besteht die Pflicht, die Erhaltungsziele für die Natura 2000-Gebiete in der Bewirtschaftungsplanung nach der WRRL zu berücksichtigen. In Unterfranken umfassen oder berühren zahlreiche FFH-Gebiete auch Flussauen, Überschwemmungsgebiete und Stillgewässer. Sie sind damit direkt von Maßnahmenprogrammen nach der WRRL oder Gewässerentwicklungskonzepten betroffen. Den Fachsachgebieten Naturschutz und Wasserwirtschaft an den Regierungen kommt damit eine wichtige koordinierende Aufgabe zu.

Grundsätzlich besteht die Möglichkeit, wasserwirtschaftliche Maßnahmen, z.B. im Zuge der EU-Wasserrahmenrichtlinie, auch im Bereich

eines Naturschutz- oder FFH-Gebietes durchzuführen. Letztlich zielen beide Richtlinien auf den Erhalt und die Förderung der Biodiversität ab. So ist unter Beachtung naturschutzfachlicher Aspekte der punktuelle Rückbau von Sohl- und Uferbefestigungen des Gewässers möglich, um bei höheren Abflüssen eine naturnähere Entwicklung des Gewässers zu ermöglichen, auch wenn dadurch z.B. Flächen im FFH-Gebiet angegriffen werden. Jedoch müssen derartige Maßnahmen sehr sensibel durchgeführt werden, sie sind vorab flächenbezogen zwischen Naturschutz und Wasserwirtschaft abzustimmen und sie sollen nicht dazu führen,

dass die Schutzwürdigkeit der Flächen im FFH- und Naturschutzgebiet vermindert wird. Für Maßnahmen zur Förderung der Gewässerökologie (z.B. Rückbau von Befestigungen im und am Gewässer, Wiederherstellung der Durchgängigkeit etc.) wird bei vorheriger einvernehmlicher Abstimmung keine Ausgleichspflicht nach Naturschutzrecht gesehen.

### Kontakt

Tel.: 0931/380-1375 oder 1167

E-Mail: [umwelt.gesundheit@reg-ufr.bayern.de](mailto:umwelt.gesundheit@reg-ufr.bayern.de)



### Beispiel Sinn (FFH- und Naturschutzgebiet):

Für weite Bereiche der Sinn, einem Mittelgebirgsgewässer im Spessart, hat eine Projektgruppe, bestehend aus Mitgliedern der Regierung von Unterfranken und dem Wasserwirtschaftsamt Aschaffenburg, gemeinsame Ziele und Zielkonflikte untersucht.

Im Gegensatz zur WRRL schützen die FFH- und Vogelschutz-Richtlinien ausschließlich spezielle Arten und Lebensraumtypen, die in den Anhängen der beiden Richtlinien genannt sind. Ziel ist der Aufbau eines europaweit kohärenten Schutzgebietssystems „Natura 2000“ als Beitrag zum Erhalt der Biodiversität. Die schützenswerten Arten und Lebensraumtypen sollen einen „günstigen Erhaltungszustand“ beibehalten bzw. erreichen.

# Der Sucht vorbeugen

## Regierung von Unterfranken setzt auf Kooperation, Koordination und Vernetzung



Die Suchthilfe stellt in Bayern, wie im übrigen Deutschland auch, ein arbeitsteilig organisiertes, hoch spezialisiertes, flächendeckendes, gut ausgebautes System der Suchtprävention und Hilfe für Betroffene bereit. Die Suchtarbeitskreise der Regierungen sind ein Teil dieses „Mosaiks“. Auf Initiative der Regierung von Unterfranken wurde bereits im Jahr 2006 die „Arbeitsgemeinschaft Suchtprävention und Gesundheitsförderung Unterfranken“ gegründet; sie unterstützt den Vernetzungsgedanken der Bayerischen Staatsregierung. Die Geschäftsführung der Arbeitsgemeinschaft obliegt dem Sachgebiet „Gesundheit und Pharmaziewesen“ der Regierung.

Die Arbeitsgemeinschaft setzt sich aus den Suchtpräventionsfachkräften der Landratsämter – Gesundheitsverwaltungen – sowie den staatlich geförderten Suchtpräventionsfachkräften Freier Träger und Kommunen zusammen. Die Gremienarbeit sowie die Vertretung nach außen erfolgt durch die gewählte Sprecherin.

Ziele der Arbeitsgemeinschaft sind:

- Intensivierung des Informationsflusses zwischen dem Bayer. Staatsministerium für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz als zuständigem Fachministerium und den staatlichen Suchtpräventionsfachkräften
- Verstärkte Vernetzung auf Regierungsbezirksebene und landkreisübergreifende Kooperationen, z.B. bei der Durchführung von Projekten
- Stärkung und Dokumentation von Suchtprävention und Gesundheitsförderung in Unterfranken



Ein erstes gemeinsames Projekt war die Entwicklung eines Elternbriefes. Auch angesichts der jüngsten Berichterstattung über die zunehmende Anzahl von Kindern und Jugendlichen, die wegen einer Alkoholvergiftung ins Krankenhaus eingeliefert werden, erschien die Entwicklung des Elternbriefes sinnvoll. Die Gefahr, süchtig zu werden, steigt, je früher Kinder und Jugendliche Alkohol trinken. Deshalb sind Maßnahmen zur Suchtprävention gerade auch bei Kindern und Jugendlichen von großer Bedeutung. Der Elternbrief ist als Information, Aufklärung und Unterstützung für Eltern gedacht. Er soll über Möglichkeiten der Suchtvorbeugung aufklären und gleichzeitig auf die staatlichen Stellen verweisen, an die sich Eltern wenden können, wenn sie Hilfe brauchen.

Der Brief enthält auch Hinweise auf Broschüren zum Thema „Suchtprävention“. Die Verteilung des Briefes erfolgte überwiegend im Verlauf des Jahres 2007 über die Gesundheitsämter an die Kindergärten. Die positive Resonanz auf den Elternbrief zeigt die enorme Wichtigkeit, mit der das Thema Suchtprävention auch weiterhin zu behandeln ist.

Zielsetzung der Arbeitsgemeinschaft in nächster Zukunft ist der weitere Ausbau des Informationsangebotes der Landratsämter – insbesondere auch im jeweiligen Internetauftritt – zu den Themen „Suchtprävention und Gesundheitsförderung“.

### Kontakt

Tel.: 0931/380-1182

E-Mail: [gesundheit@reg-ufr.bayern.de](mailto:gesundheit@reg-ufr.bayern.de)



Angela Daeschler-Glenz



Informationen und weitere Links zur Suchtprävention finden Sie unter <http://www.regierung.unterfranken.bayern.de> in der Rubrik „Gesundheit, Verbraucherschutz“.

Die im Jahr 2000 ins Leben gerufene Arbeitsgruppe „Nachhaltige Entwicklung“ bei der Regierung von Unterfranken hat 2007 zusammen mit den Agenda 21-Beauftragten der kreisfreien Städte und der Landkreise sowie Vertretern von IHK, HWK, der Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft (VBS), dem Bund Naturschutz und der Diözese Würzburg zwei Veranstaltungen durchgeführt.

So fand am 23.04.2007 im Matthias-Ehrenfried-Haus in Würzburg die Tagung **„Perspektiven einer zukunftsfähigen Kommunalpolitik“** – Erfahrungen aus dem Projekt „21 Kommunen“ statt. Rund 100 Vertreter aus dem kommunalen Bereich ganz Unterfrankens waren aufmerksame Zuhörer, als 1. Bürgermeister Rudi Eck der Stadt Haßfurt zusammen mit dem Agenda-Beauftragten Dietmar Will und 1. Bürgermeister Rainer Fuchs der Gemeinde Rottendorf mit seinem Sprecher des Agenda-Beirats Horst Ditzer über den Ablauf und die Ergebnisse des Agenda-Prozesses in ihren Gemeinden berichteten. Beide Gemeinden gehören zu dem Projekt „21 Kommunen“, die durch besonders gelungene Agenda 21-Prozesse aufgefallen sind.



v. l. n. r.: 1. Bürgermeister der Stadt Haßfurt Rudi Eck, Agenda-Beauftragter der Stadt Haßfurt Dietmar Will, Sprecher des Agenda-Beirates der Gemeinde Rottendorf Horst Dietzer stellen Ihre Ergebnisse vor.

Die zweite Großveranstaltung war der erstmalig durchgeführte **„Eine-Welt-Tag Unterfranken“** am 21.09.2007 im Gartensaal der Residenz in Würzburg.

Regierungspräsident Dr. Paul Beinhofer hatte als erster der bayerischen Regierungspräsidenten zu einem Eine-Welt-Tag eingeladen. Der Einladung waren fast 400 Besucher gefolgt, was den Stellenwert der Eine-Welt-Arbeit in Unterfranken der Öffentlichkeit deutlich machte.

In seiner Festrede betonte der Leiter der Staatskanzlei, Staatsminister Eberhard Sinner, dass die vielen Ehrenamtlichen der Eine-Welt-Bewegung „einen unschätzbaren Beitrag zur Hilfe vor Ort und zur Sensibilisierung der Mitmenschen für

Fragen der weltweiten sozialen Gerechtigkeit“ leisten. Pfarrer Kevin Haule, Bischofssekretär in Würzburgs Partnerbistum Mbanga in Tansania, unterstrich in seinem Beitrag: „Die Spielregeln Gottes für eine gerechtere Welt heißen: Fair geben, fair sorgen, fair teilen“. Regierungspräsident Dr. Beinhofer führte in Richtung der Ehrenamtlichen aus: „Sie zeigen immer wieder: Es gibt nur eine Welt und wir gehören zusammen“. Die Eine-Welt-Gruppen hätten frühzeitig erkannt, dass das Leben in Deutschland eng mit dem Leben der Menschen in anderen Ländern verbunden sei. „Was in einem Teil der Welt geschieht, hat Auswirkungen auf die anderen Teile“, so der Regierungspräsident weiter. Die zahlreichen Vertreter aus der Eine-Welt-Bewegung zeigten sich dankbar über die Initiative der Regierung von Unterfranken. „Dadurch war es uns möglich, die Öffentlichkeit für die Eine-Welt-Thematik zu sensibilisieren und auf die Ursachen, Zusammenhänge und Hintergründe globaler Probleme hinzuweisen“, so ein Teilnehmer. Im Anschluss an den offiziellen Teil der Veranstaltung bestand reichlich Gelegenheit zum regen Gedankenaustausch.

Im Vorraum des Gartensaaes präsentierten u.a. unterfränkische Eine-Welt-Gruppen, das „Eine-Welt-Netzwerk Bayern“ sowie das Missionswerk der Benediktiner aus Münsterschwarzach eindrucksvoll ihre Arbeit.



eine welt  
netzwerk bayern



Begrüßten gemeinsam die zahlreichen Gäste beim „Eine-Welt-Tag Unterfranken“: Regierungspräsident Dr. Paul Beinhofer (links) und Staatsminister Eberhard Sinner (rechts).

#### Kontakt

Tel.: 0931/380-1262

E-Mail: [umwelt@reg-ufr.bayern.de](mailto:umwelt@reg-ufr.bayern.de)



# Gefährdung durch Zeckenbisse

Auch Profis müssen handeln!

Sie dürfte wohl jedem bekannt sein, die Schildzecke *Ixodes ricinus* – zumindest unter der Bezeichnung „gemeiner Holzbock“. In den letzten Jahren ist sie zunehmend unangenehm aufgefallen als Überträger diverser Erkrankungen, vor allem von Borreliose und FSME (Frühsommer-Meningoenzephalitis), den häufigsten zeckenbissübertragenen Infektionskrankheiten.

Bezüglich Borreliose gilt ganz Deutschland als Risikogebiet. Weite Teile Bayerns – darunter auch Unterfranken – gelten zusätzlich als FSME-Risikogebiet. In Bayern ist es in den Jahren 2005 und 2006 im Vergleich zu den Vorjahren annähernd zu einer Verdoppelung der FSME-Erkrankungen gekommen. Und diese Erkrankung ist weiter auf dem Vormarsch.

Entgegen der auch heute noch teilweise verbreiteten (Irr-)Meinung lauert die Zecke nicht etwa auf Bäumen, um sich auf ihre Opfer fallen zu lassen, sondern sie bevorzugt fast ausnahmslos niedrige Vegetation bis etwa 1½ Meter Höhe. Bei entsprechendem Kontakt wird sie z. B. im Vorbeigehen von hohem Gras, Gebüsch, Unterholz, Sträuchern und ähnlichem abgestreift und beißt sich an ihrem Wirt fest, um ihre „Blutmahlzeit“ aufzunehmen. Hierbei können die Krankheitserreger übertragen werden. Durch Zeckenbisse gefährdet sind also alle, die sich in Wiesen, Gärten, Parkanlagen, Gestrüpp, Wald, usw. aufhalten.

Ein besonders hohes Risiko tragen dabei natürlich Personen, die berufsbedingt längere Zeit bzw. regelmäßig entsprechend exponiert sind. Typischerweise zu nennen sind hier nicht nur die klassischen Bereiche Forstwirtschaft, Landwirtschaft und Gartenbau, sondern auch der Landschaftsbau sowie der Wege- und Straßenbau. Dies führte in jüngster Zeit zu einer Zunahme der – durch Borreliose verursachten – Berufserkrankungen in Unterfranken.

Beide Erkrankungen – FSME und Borreliose – können sehr ernsthafte Verläufe annehmen (u. a. mit Gelenkentzündungen, entzündlichen Herzerkrankungen, Nervenschädigungen und



psychischen Störungen) und speziell bei FSME in seltenen Fällen auch tödlich enden. Umso wichtiger sind entsprechende Vorsorgemaßnahmen.

Das Gewerbeaufsichtsamt der Regierung von Unterfranken führte deshalb als zuständige Arbeitsschutzbehörde eine Schwerpunktaktion „Arbeitsschutz bei Infektionsgefährdung durch Zeckenbiss (Borreliose, FSME)“ in besonders betroffenen Arbeitsbereichen durch.

Es wurden insgesamt 180 vorwiegend kommunale Einrichtungen und Straßenmeistereien unter dem Aspekt der Einhaltung von Arbeitsschutzmaßnahmen aufgesucht. Zu den Arbeitsschutzmaßnahmen zählen Gefährdungsbeurteilung, schriftliche Betriebsanweisung, mündliche Unterweisung, arbeitsmedizinische Vorsorge und Beratung, Überprüfung des Impfstatus und ggf. Impfangebot (FSME).

Diese systematische Auseinandersetzung mit dem Thema Arbeitsschutz trug dazu bei, die zur Vermeidung von Borreliose- bzw. FSME-Erkrankung erforderlichen Verhaltensmaßnahmen den Beschäftigten nachhaltig zu vermitteln und noch bestehende FSME-Impflücken zu schließen.

Die vermittelten Inhalte der Schwerpunktaktion fanden bei den kommunalen Trägern weitgehend eine hohe Akzeptanz. Durch Aufklärung und Sensibilisierung der Arbeitsschutzverantwortlichen konnten Defizite im Infektionsschutz zeckenbissübertragener Erkrankungen behoben und so der Arbeitsschutz verbessert werden.

Dr. Ralf Hässler  
Dr. Arno Endrich

Gewerbeaufsichtsamt

## Kontakt

Tel. 0931/380-1882 oder 1881

E-Mail: [gewerbeaerztlicher.dienst@reg-ufr.bayern.de](mailto:gewerbeaerztlicher.dienst@reg-ufr.bayern.de)

# Jugendarbeitsschutz in Bäckerei- und Konditoreibetrieben

## Schwerpunktaktion zu Arbeitszeiten von Auszubildenden

Ausgelöst durch Anfragen und Beschwerden hat das Dezernat 1A des Gewerbeaufsichtsamtes eine regionale Projektarbeit zum Thema Jugendarbeitsschutz in Bäckerei- und Konditoreibetrieben durchgeführt. Zielsetzung war es, die Branche vor allem in Hinblick auf die Arbeitszeiten von jugendlichen Auszubildenden zu überprüfen und Informationen zu geben.

In Zusammenarbeit mit der Handwerkskammer Würzburg wurde vor dem Projektstart eine Informationsveranstaltung für die Bäckerinnung durchgeführt.

Das Projekt gliederte sich in vier Themenbereiche:

- Formale Vorschriften
- Betriebliche Arbeitszeiten
- Berufsschule
- Sonstiges (gefährliche Arbeiten, Untersuchungen nach dem Jugendarbeitsschutzgesetz).

Über neun Monate hinweg haben die Aufsichtsbeamten 117 Betriebe aufgesucht. Von diesen waren in 40 Betrieben Jugendliche zum Zweck der Ausbildung beschäftigt. In 35 Firmen lagen leichtere Mängel vor und es bestand erheblicher Informationsbedarf. In fünf Betrieben wurden auf Grund von schwerwiegenden Verstößen zur täglichen und wöchentlichen Arbeitszeit sowie der Nichteinhaltung der Nachtruhe Bußgeldbescheide erlassen.

In einem Extremfall ergaben sich Arbeitszeiten eines Jugendlichen von bis zu 64 statt der erlaubten 40 Wochenstunden.

Hier kam es zu einer öffentlichen Gerichtsverhandlung, in der der Bäcker zu einem Bußgeld von 12.000 Euro verurteilt wurde, weil er die gesetzlichen Vorgaben für die Arbeits- und Schichtzeiten, die Nachtruhe und die Pausen nicht gewährleistet hat.

Die Ergebnisse des lokalen Projektes zeigen, dass im Bereich der betrieblichen Arbeitszeiten zum Teil erheblicher Informations- bzw. Kontrollbedarf besteht. Jugendliche brauchen auf Grund ihrer noch nicht abgeschlossenen physischen und psychischen Entwicklung einen erhöhten Schutz vor Überforderungen bei ihrem Start in das Berufsleben. Hier steht das Gewerbeaufsichtsamtsamt als Dialogpartner gerne zur Verfügung.

Horst Koch

### Kontakt

Tel. 0931/380-1810

E-Mail: [dezernat1a@reg-ufr.bayern.de](mailto:dezernat1a@reg-ufr.bayern.de)

# Vermeidbare Infektionen

## Gemeinsame Überprüfung der Aufbereitung von Operationsinstrumenten durch Gewerbeaufsicht und Gesundheitsämter

Ein Infektionsrisiko für Patienten im Krankenhaus oder in anderen Einrichtungen des Gesundheitswesens ist nach wie vor nicht ausgeschlossen. Der überwiegende Teil der Erreger stammt dabei von den Patienten selbst. Diese können über das Personal oder über verunreinigte Medizinprodukte übertragen werden. Bei jährlich rund 13 Millionen Eingriffen in unseren Krankenhäusern ist die Wahrscheinlichkeit, „unters Messer“ zu geraten – und damit einer Infektionsgefahr ausgesetzt zu sein – nicht einmal so gering.

Neben den klassischen Operationsmethoden bedient sich die Medizin vor allem bei der „Schlüsselloch-Chirurgie“ immer komplexerer Instrumente. In den Kliniken gehört die Anwendung von Kathetern, Endoskopen oder minimal-invasiven chirurgischen Instrumenten zum Tagesgeschäft. Die dabei zum Einsatz kommenden technischen Hilfsmittel und Geräte müssen vor jeder Benutzung hygienisch aufbereitet werden. Diese Aufbereitung ist häufig nur in aufwändigen Verfahren möglich und verlangt ein hohes Maß an Fachkompetenz und Technik.

Das Gewerbeaufsichtsamt der Regierung von Unterfranken hat in Zusammenarbeit mit den Gesundheitsämtern im Rahmen eines Projektes

so sollte es sein



Übersichtlich und ordentlich gepacktes Sieb

die hygienische Aufbereitung von Medizinprodukten in Krankenhäusern überprüft. Neben der Qualifikation des Personals wurden notwendige technische Ausrüstung (Reinigungs- und Desinfektionsgeräte sowie Sterilisatoren), die räumliche Voraussetzung und der gesamte Ablauf der Aufbereitung der Instrumente überprüft. Die Krankenhäuser erkannten in vielen Fällen die Notwendigkeit von baulichen Maßnahmen und Investitionen (z.B. in neue Reinigungs- und Desinfektionsmaschinen und bessere Qualifikation des Personals) und leiteten diese in die Wege. Für notwendige Maßnahmen, die nicht kurzfristig umgesetzt werden konnten, wurde jeweils die Vorlage eines Maßnahmenkataloges mit Realisierungszeiten eingefordert. Besonders erfreulich ist, dass durch die positive Resonanz auf die Überprüfung auf Anordnungsbescheide oder gar Bußgelder verzichtet werden konnte.

Der Begutachtung von Krankenhäusern folgte im Rahmen eines weiteren Projektes die Überprüfung der Aufbereitung von Medizinprodukten in ambulanten Operationspraxen und Tageskliniken mit den Tätigkeitsfeldern Unfall-, Augen, HNO-, Schönheits- und Kieferchirurgie sowie Orthopädie und Urologie.

Beruhigend für die Patienten: Die Behandlung ist ein Stück sicherer geworden.

... und so bitte nicht



*Durch ungünstige Anordnung und zu viele Instrumente entstehen „Spülschatten“. Eine ausreichende Reinigung ist nicht mehr möglich. Beim Ausräumen besteht zusätzlich Verletzungsgefahr durch die scharfen und spitzen Instrumente.*

### Kontakt

Tel: 0931/380-1840

E-Mail: dezernat3a@reg-ufr.bayern.de

Rudolf Lemmich

# Schutz der Verbraucher vor gefährlichen technischen Produkten

## Ein unsicherer Toaster löst einen bundesweiten Verkaufsstopp aus

Durch einen Unfall wurde das Dezernat 4 „Technischer Verbraucherschutz“ des Gewerbeaufsichtsamtes der Regierung von Unterfranken auf einen elektrischen Toaster, welcher das CE- und das GS-Kennzeichen trug, aufmerksam: Beim Verrutschen des am Stromnetz angeschlossenen, aber nicht eingeschalteten Gerätes hatte die Besitzerin in den Brotschlitz gegriffen und daraufhin einen Stromschlag erhalten. Zur Ursachenerforschung wurde der Toaster von der Geräteuntersuchungsstelle des Landesamtes für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit – LGL – überprüft. Die Prüfer stellten eine Spannungsverschleppung von der Steuerplatine auf die Drähte der Heizspirale innerhalb des Toasters fest. Überprüfungen bei baugleichen Toastern desselben Herstellers im Handel ergaben, dass hier ein systematischer Konstruktionsfehler bei dieser Baureihe vorlag und dass sich ein ähnlicher Stromunfall jederzeit wiederholen konnte.

Die deutsche Niederlassung des Herstellers und die GS-Prüfstelle wurden mit dem Prüfergebnis konfrontiert. Die Niederlassung löste daraufhin einen sofortigen bundesweiten Verkaufsstopp aus und rief sämtliche noch im Handel befindliche Toaster zurück. Die GS-Prüfstelle zog das GS-Zeichen zurück.

Da zu vermuten war, dass sich gefährliche Toaster dieser Bauart auch in anderen EU-Mitglied-

staaten im Handel befanden, wurden die jeweiligen zuständigen nationalen Behörden durch eine sogenannte RAPEX-Meldung informiert.

**RAPEX** – von **rapid exchange** („schneller Austausch“) – ist eine von der EU-Kommission betriebene internetgestützte Datenbank zum schnellen Informationsaustausch bei gefährlichen Verbraucherprodukten. Die RAPEX-Meldung wurde anschließend im Internetauftritt der Europäischen Kommission ([www.ec.europa.eu](http://www.ec.europa.eu)) veröffentlicht.

Der Toaster ist ein Beispiel von vielen, das die Wichtigkeit des schnellen und effizienten Handelns von Verwaltungsbehörden mittels moderner

Kommunikationsmittel aufzeigt. Das Ziel, europaweit vor unsicheren technischen Produkten zu schützen, nimmt bei wachsenden globalen Warenströmen einen immer größeren Stellenwert ein.

### Kontakt

Tel: 0931/380-1864

E-Mail: [dezernat4@reg-ufr.bayern.de](mailto:dezernat4@reg-ufr.bayern.de)

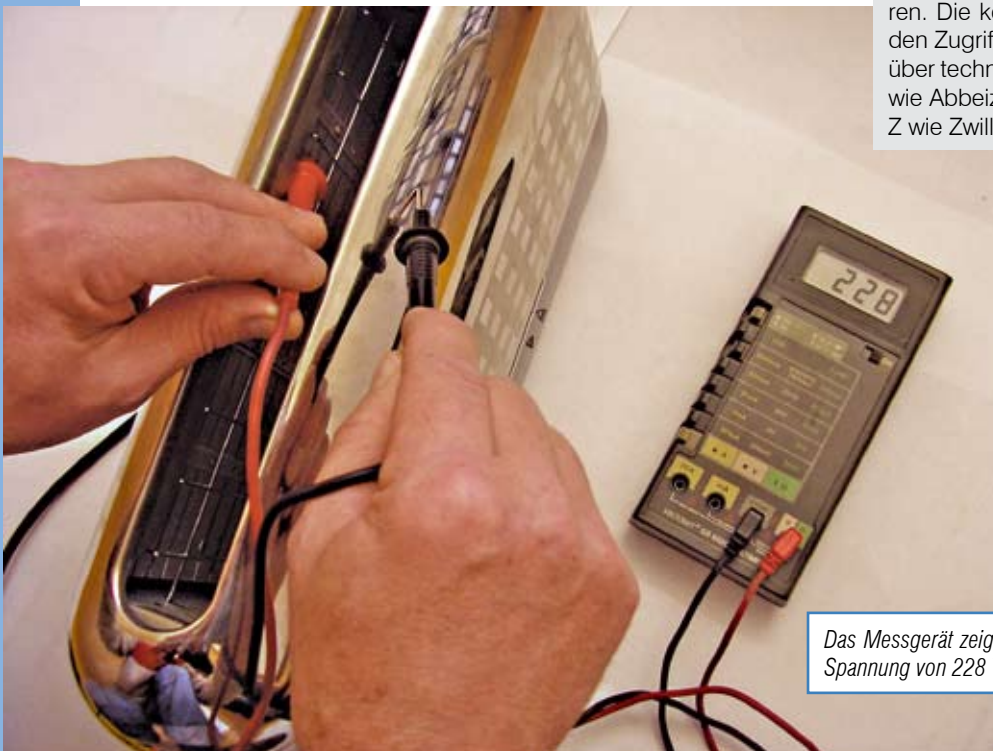


Michael Wolf



Weitere Informationen sind im Verbraucherinformationssystem Bayern – VIS – unter [www.vis.bayern.de](http://www.vis.bayern.de) in der Rubrik „Produktsicherheit“ abrufbar.

Interessierte können hier Wissenswertes über RAPEX, das CE- und GS-Kennzeichen erfahren. Die komfortable Stichwortsuche erlaubt den Zugriff auf eine Vielzahl von Fachartikeln über technische Produkte, angefangen von A wie Abbeizmittel über M wie M+S-Reifen bis Z wie Zwillingsschleifung.



Das Messgerät zeigt an der Heizwendel eine Spannung von 228 Volt an.

# Well-Asbestzement

## Eine allgegenwärtige Altlast und wie wir damit umgehen



*Verbotene Wiederverwendung von asbesthaltigen Dachplatten zum Abdecken von Holzstapeln*

Lange Jahre galt Asbest, auch als „Mineral der tausend Möglichkeiten“ bezeichnet, als genialer Baustoff, der aus vielen Bereichen der Technik nicht mehr wegzudenken war. Aufgrund des hohen krebserregenden Potentials für den Menschen wurde 1993 in Deutschland jedoch ein Verwendungs- und Herstellungsverbot für asbesthaltige Produkte ausgesprochen. Heute lautet die Aufgabenstellung, asbesthaltige Bauteile möglichst umwelt- und gesundheitsverträglich zurückzubauen und zu entsorgen. Diese Arbeiten dürfen allerdings nur Firmen und Personen ausführen, die über die erforderlichen Kenntnisse im Umgang mit Asbest verfügen. Hierbei kommt dem Gewerbeaufsichtsamt eine zentrale Aufgabe zu.

Zum einen werden die vorgeschriebene Ausbildung der Sachkundigen überwacht und die erforderliche Zulassung für Fachfirmen erteilt. Zum anderen gilt es aber auch, die Sanierungsarbeiten und das Verwendungsverbot zu kontrollieren. Unabdingbare Voraussetzung hierfür ist die Mitteilungspflicht an das Gewerbeaufsichtsamt, die für alle Asbestsanierungsarbeiten im gewerblichen Bereich besteht. Im Schnitt über 300 solcher Mitteilungen pro Jahr gilt es allein in Unterfranken zu bearbeiten. Die ordnungsgemäße Ausführung der Arbeiten wird

stichpunktartig überprüft. Um bei Beschwerden über unsachgemäßen Umgang mit asbesthaltigen Produkten schnell reagieren zu können, wurde über Jahre eine enge, konstruktive Zusammenarbeit mit den Umweltspezialisten der Polizei aufgebaut. Vor allem bei Straftaten wie der verbotenen Ablagerung oder Wiederverwendung (z.B. die Nutzung demontierter Platten zum Abdecken eines Holzstapels) ist diese Kooperation für beide Seiten sehr hilfreich.

Sollen Arbeiten ausgeführt werden, die nicht Abbruch oder Demontage sind, muss eine Ausnahme genehmigung beim Gewerbeaufsichtsamt beantragt werden. Insbesondere fällt unter diese Arbeiten die Montage von Photovoltaikanlagen auf Asbestzementdächern. Aufgrund der sehr hohen Anforderungen an den Arbeits- und Umweltschutz für solche Arbeiten kommen Genehmigungen nur in besonderen Ausnahmefällen in Betracht.

### Kontakt

Tel. 0931/380-1835 oder 1832

E-Mail: [dezernat2@reg-ufr.bayern.de](mailto:dezernat2@reg-ufr.bayern.de)

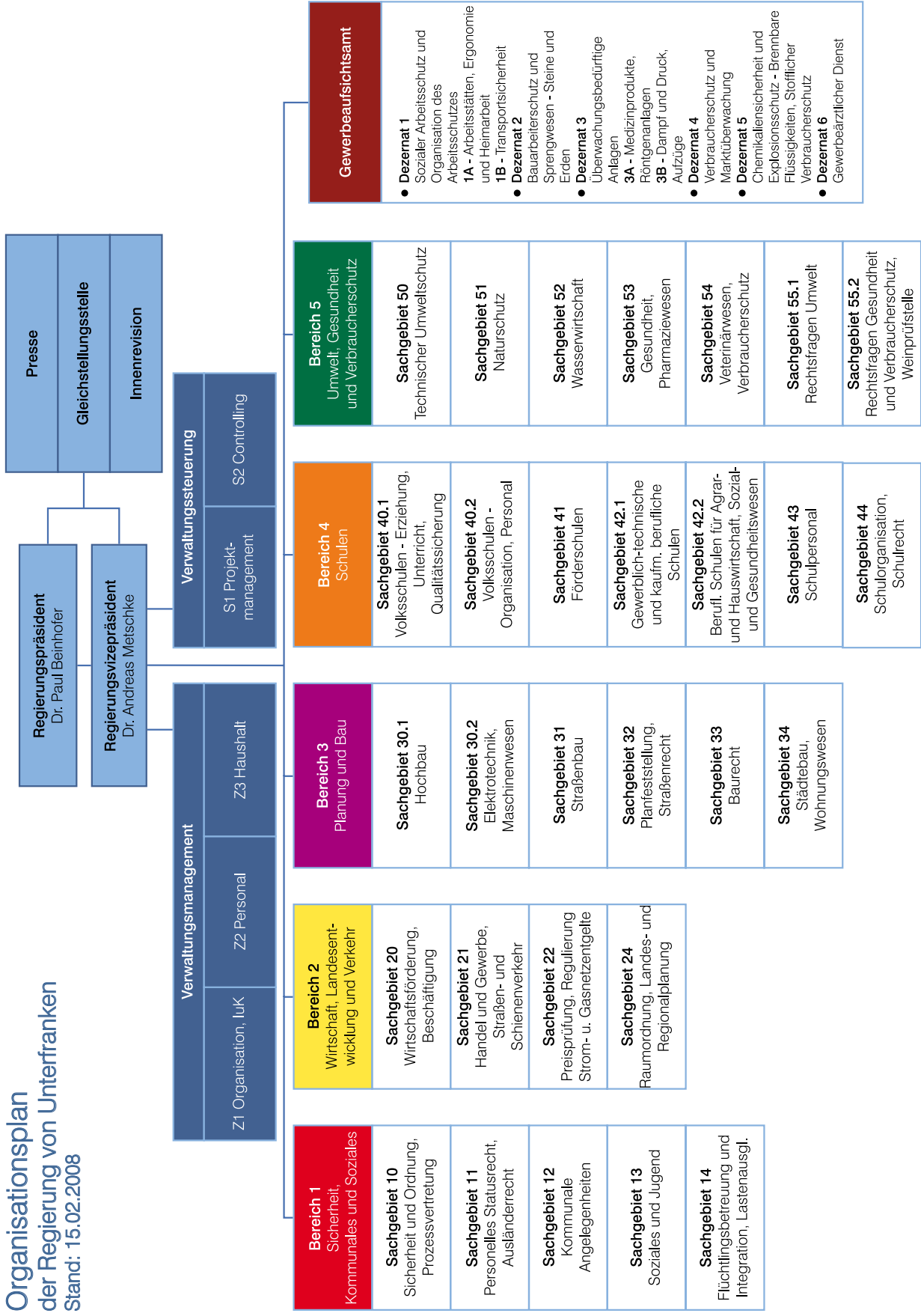


Weitere Informationen zum Thema Asbest finden Sie unter:

[www.vis.bayern.de/technik/fachinformationen/technik\\_chemie\\_basis/asbest.htm](http://www.vis.bayern.de/technik/fachinformationen/technik_chemie_basis/asbest.htm)

Lothar Schliör  
Wolfgang Zapf

# Organisationsplan der Regierung von Unterfranken Stand: 15.02.2008

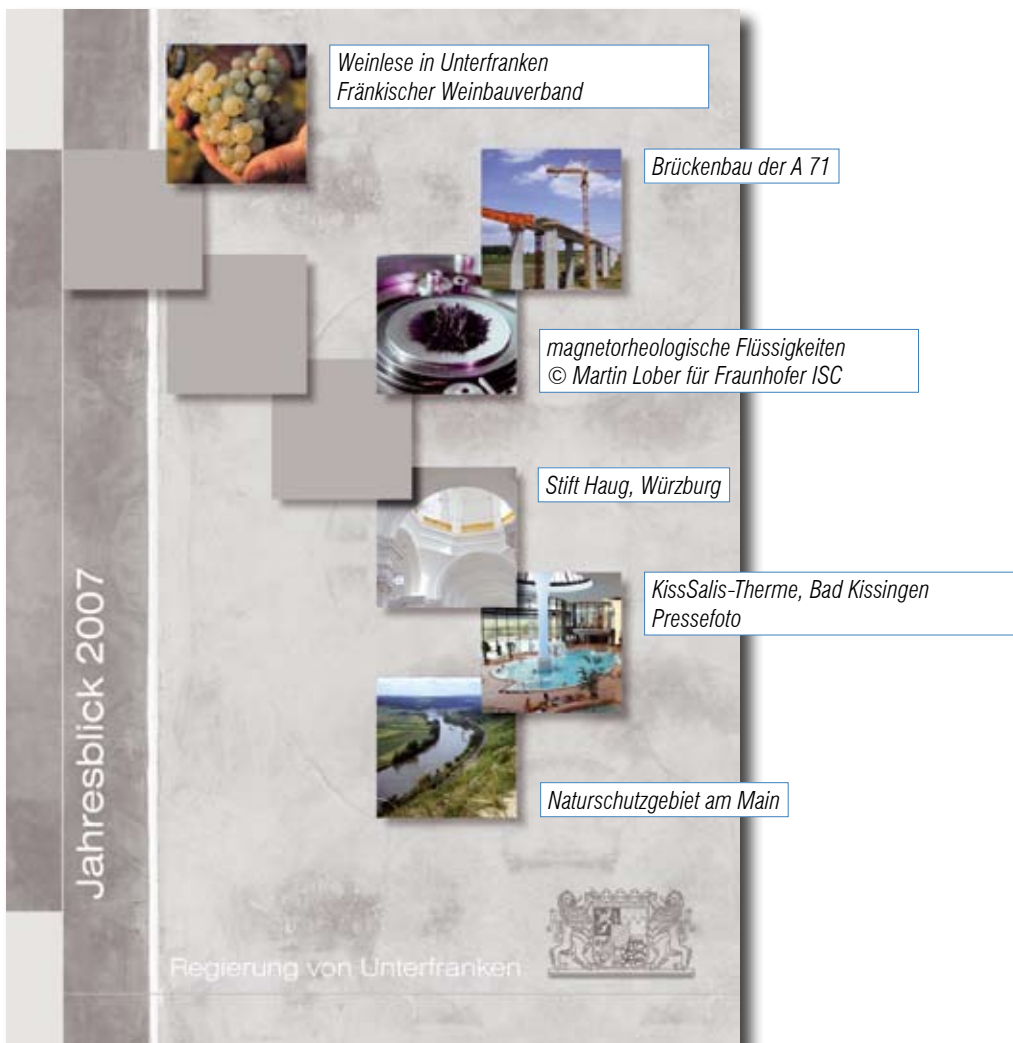


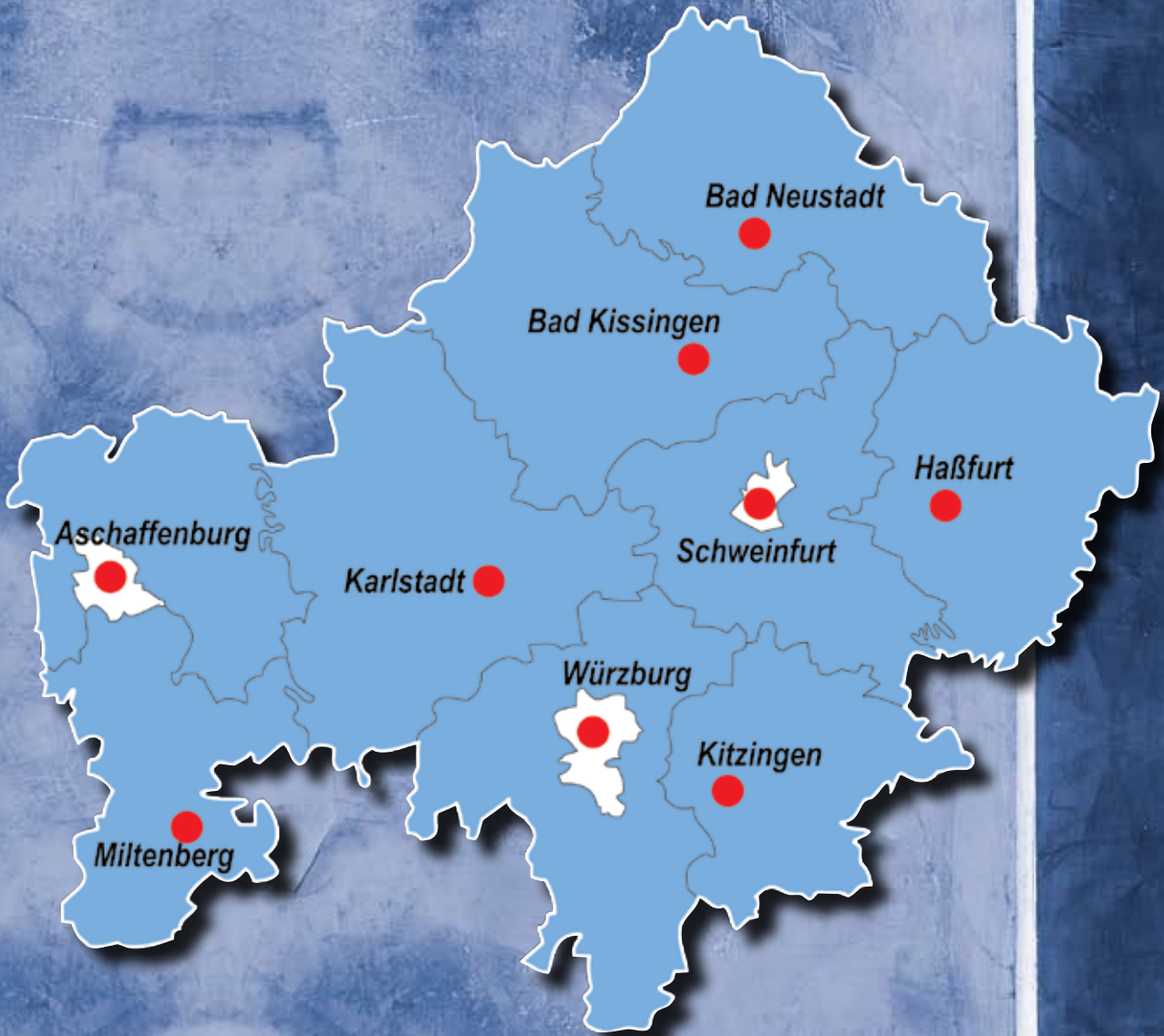
## Impressum

Herausgeber: Regierung von Unterfranken  
Peterplatz 9  
97070 Würzburg  
Telefon: 0931-380-00  
Fax: 0931/380-2222  
E-Mail: [poststelle@reg-ufr.bayern.de](mailto:poststelle@reg-ufr.bayern.de)  
Internet: <http://www.regierung.unterfranken.bayern.de>

Redaktion: Marlene Schauer, Pressestelle  
Johannes Hardenacke, Pressesprecher  
Satz und Layout: Günther Wendorff, IuK-Bereich  
Bilder: Regierung von Unterfranken, soweit nicht  
anders vermerkt.  
Druck: flyeralarm GmbH, Greußenheim

© Regierung von Unterfranken, alle Rechte vorbehalten





Aschaffenburg

Miltenberg

Karlstadt

Würzburg

Schweinfurt

Kitzingen

Bad Neustadt

Bad Kissingen

Haßfurt